Frankfurter Allgemeine SAMSTAG, 26. SEPTEMBER 2015

Mit Sonderseiten Hessen

Einheit

25 Jahre deutsche

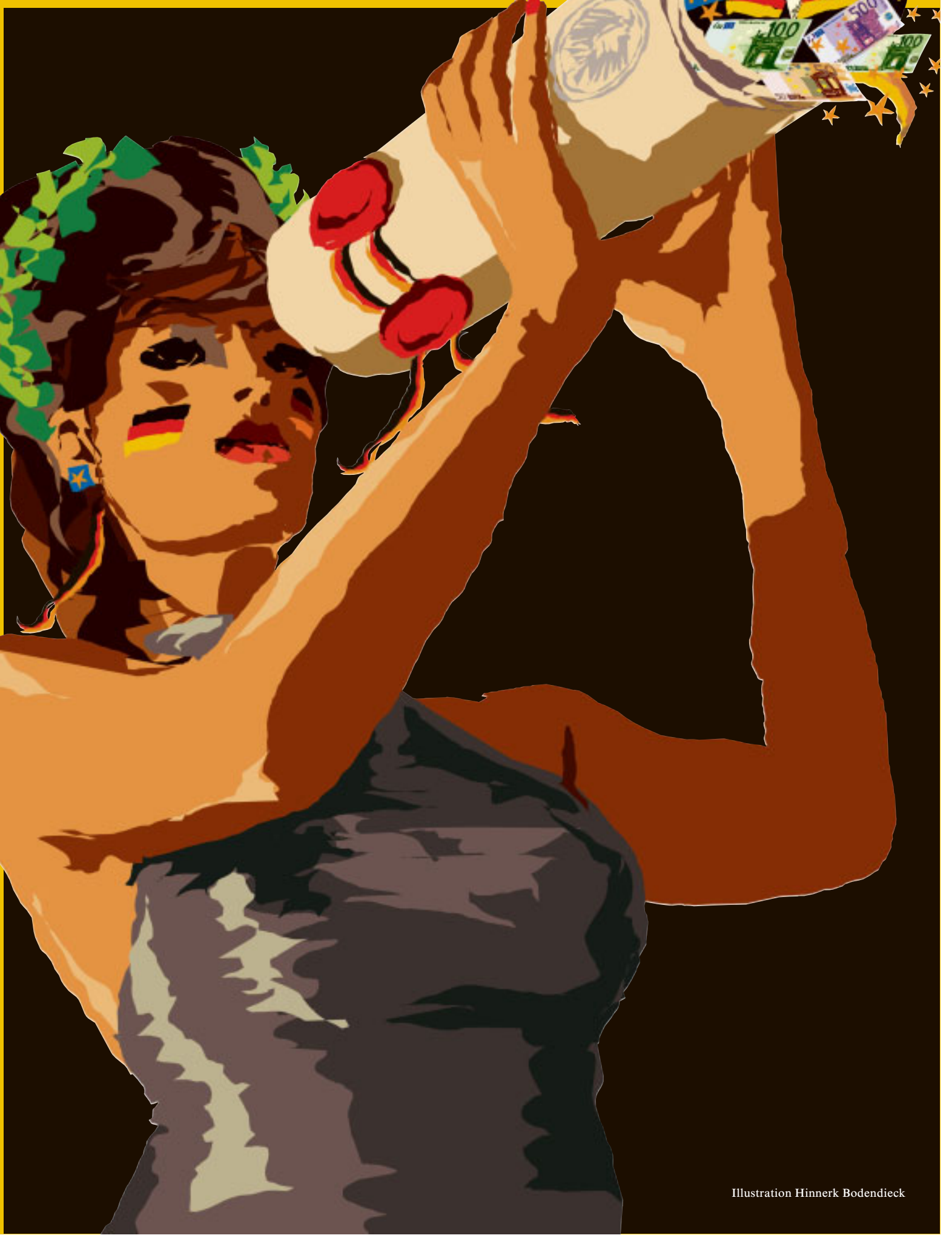


Illustration Hinnerk Bodendieck

Symbol der Einheit: *das Brandenburger Tor, hier am Abend des 22. Dezember 1989, als es wieder geöffnet wurde.* Foto Barbara Klemm

DAS GLÜCK DER DEUTSCHEN

Von Berthold Kohler

Als vor fünfundzwanzig Jahren in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober die „Fahne der deutschen Einheit“ vor dem Reichstag in Berlin aufgezogen wurde, lag hinter den Deutschen eines der aufwühlendsten Jahre ihrer Geschichte. Nur elf Monate zuvor war die Mauer gefallen. Schon im Mai wurde der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet, im August dann der endgültige Einigungsvertrag. Er regelte auf fast tausend Seiten einen Vereinigungsprozess, wie es ihn nie zuvor gegeben hatte. Nach vier Jahrzehnten der Trennung konnten die Deutschen wieder in Frieden und Freiheit in einem gemeinsamen Staat leben. „Vollendet“, wie es seither im Grundgesetz heißt, war die Einheit am 3. Oktober 1990 aber allenfalls im staatsrechtlichen Sinne. Auf vielen Feldern begann das Zusammenwachsen erst. Abgeschlossen ist es bis heute nicht.

Auch ein Vierteljahrhundert später kann man noch an vielen Unterschieden erkennen, wo einst Mauer und Todesstreifen die Deutschen im Osten von denen im Westen trennten. Das Leben in antagonistischen Systemen hinterließ Spuren in den Köpfen, die nur langsam verblassen. Rasch geriet dagegen in Vergessenheit, dass die DDR vierzig Jahre nach ihrer Gründung politisch und ökonomisch bankrott war. Selbst im Westen wurden damals einige von diesem Befund überrascht. Der „Aufbau Ost“ kam wegen dieser Hypothek nicht so schnell voran, wie das in der ersten Begeisterung über die Wiedervereinigung erwartet worden war. Noch lange wird es ein wirtschaftliches Gefälle zwischen Ost und West geben. Auch (partei-)politisch „tickt“ der Osten nach wie vor oft anders als der Westen.

Doch Deutschland hält dieses Maß an Disparität gut aus. Ein gänzlich homogenes Land war es nie. Die deutschen Stämme und Länder sind nicht nur zu ihrem Glück vereint, sondern zum Glück auch verschieden. Ihrer Solidarität und ihrem Zusammengehörigkeitsgefühl tut und tat das keinen Abbruch, der Leistungsfähigkeit und der Anziehungskraft Deutschlands auch nicht. Die nicht enden wollenden Flüchtlingsströme zeigen: Auf der ganzen Welt träumen Menschen von einem besseren Leben im vereinten Deutschland. Es ist wirtschaftlich so stark und politisch so stabil wie kein zweites Land in Europa. Kaum eine andere Nation kann sich einen Sozialstaat leisten wie die deutsche.

Für die Wiedervereinigung hatte es keine Blaupausen gegeben; wer Pläne für sie gehabt hätte, wäre bestenfalls als Illusionist, eher aber als Revisionist und Revanchist gebrandmarkt worden. Helmut Kohl und seine Regierung wurden 1989 im Sinne des Wortes über Nacht mit einer Jahrhundertchance und einer Jahrhundertaufgabe konfrontiert. Kohl hat sie couragiert ergriffen und den Einigungsprozess mit Umsicht vorangetrieben. Doch nicht allein der „Kanzler der Einheit“, viele Deutsche in Ost und West wuchsen damals und in den folgenden Jahren über sich hinaus. Auch wenn es manches gibt, was angesichts der Beispiellosigkeit der Herausforderung und unter dem herrschenden Zeitdruck falsch angepackt wurde oder noch besser hätte gemacht werden können: Deutschland hat allen Grund, auf das seither Erreichte stolz zu sein.

In nationale, gar nationalistische Überheblichkeit ist die Republik deshalb nicht verfallen. In der Europa- und Weltpolitik warf sie ihr größeres Gewicht stets in die Waagschale des Ausgleichs und der Konfliktentschärfung. Deutschland begab sich nicht auf neue Sonderwege; es ist ein Vermittler zwischen den Welten geworden, aber kein Wanderer. Das wiedervereinigte Land blieb das Haupttriebwerk der europäischen Einigung. Mit der größeren weltpolitischen Verantwortung, die dem Staat im Zentrum Europas zuwuchs, tat Deutschland sich anfangs noch schwer. Doch auch in diese Rolle hat es mehr und mehr hineingefunden. Deutschland ist eine Insel der Stabilität in einem Europa, das nach zwei Jahrzehnten der friedlichen Entwicklung wieder von Krisen verunsichert und erschüttert wird, die nicht mehr für möglich gehalten wurden. Auch das muss den Deutschen zeigen, welches Glück ihnen in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren zuteilwurde. Es war und ist alles andere als selbstverständlich.

IMPRESSUM. Zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung erscheint die Beilage **25 Jahre deutsche Einheit.** Die Beilage ist eine Produktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. **Verantwortlicher Redakteur:** Jasper von Altenbockum. **Zuständiger Redakteur** für Hessen: Tobias Rösmann. **Chefin vom Dienst:** Dr. Elena Geus**. Art Director:** Johannes Janssen. **Gestaltung:** Boris Wilde. **Bildredakteur:** Dirk Zimmer, Christian Pohlert (verantwortlich). **Verantwortlich für Anzeigen:** Ingo Müller; für Anzeigenproduktion: Andreas Gierth. **Druck:** Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Mörfelden-Walldorf. © Copyright Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main. **Redaktion und Verlag, Hausanschrift:** Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main. Diese Sonderbeilage und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlags strafbar.

VEREINT UND DOCH GETEILT

Die Wunden der deutschen Teilung sind verheilt. Aber was tut sich unter der Oberfläche? Wie stark haben sich Ost und West einander angeglichen?

Von Manfred Schäfers

Foto Imago

Vor dem Brandenburger Tor und anderen Ecken Berlins markieren Pflastersteine im Asphalt, was kaum mehr vorstellbar ist: den Verlauf der Mauer, die politische und wirtschaftliche Trennung der Stadt. Ähnlich geht es den Autofahrern, die etwa auf der sechsspurigen Autobahn von Bayern nach Thüringen brausen. Ein großes Schild weist darauf hin, was das Auge kaum mehr erkennt: Ehemalige innerdeutsche Grenze 1945 bis 1990. Stadt, Land, Natur zeigen an den alten Bruchstellen längst wieder ein harmonisches Ganzes. Wer das frühere DDR-Gebiet bereist, entdeckt von Grund auf erneuerte Städte, durchquert propere Agrarflächen und stößt an der Ostseeküste und den Seenlandschaften auf traumhafte Ferienziele. Selbst kleinere Ortschaften haben schicke neue Straßen, ordentliche Gehwege, schmucke Straßenbeleuchtungen. Die Wunden, die eine zentral gelenkte Wirtschaft ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur hinterlassen hatte, sind verheilt. Aber wie sieht es unter der Oberfläche aus? Wie geht es den Menschen? Wie stark haben sich Ost und West einander angeglichen?

Am Anfang haben sich die Ereignisse überschlagen. Nach dem Fall der Mauer im November 1989 machten immer mehr Bürger der DDR nicht nur einen Tagesausflug in den unbekannten Westen. Immer mehr entschieden sich dafür, für immer ihr Glück im Westen zu suchen. Diese innerdeutsche Migrationswelle beschleunigte den Prozess des Zusammenwachsens. Schnell kamen Überlegungen auf, mit einer deutsch-deutschen Währungsunion auf den Wanderungsdruck zu reagieren. Anfang Februar 1990 übermittelte Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) der Regierung in Ost-Berlin das Angebot, die D-Mark als Zahlungsmittel der DDR einzuführen. Schon zum 1. Juli trat sie in Kraft. Mit dem Segen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs folgte drei Monate später die staatliche Wiedervereinigung.

Schon das Projekt Währungsunion war eine mutige und radikale Entscheidung gewesen. Löhne und Gehälter wurden wie Mieten und Renten im Verhältnis eins zu eins umgestellt. Die Bestandskonten, also etwa das, was die Leute gespart hatten, wurden – bis auf einen altersabhängigen Sockelbetrag – im Verhältnis von zwei zu eins umgetauscht. Kohls berühmtes Versprechen stammt von diesem Tag. In einer Fernsehansprache sagte er: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt."

Die Unternehmen in der DDR bekamen nun schlagartig den internationalen Wettbewerb zu spüren. Die wirtschaftliche Belastung aus der 1:1-Umstellung schien nur verkraftbar, weil dort die Menschen durchschnittlich nur rund 1000 Ostmark im Monat verdienten, während die Arbeitnehmer im Westen auf mehr als 3500 D-Mark kamen. Voraussetzung, dass das Experiment am lebenden Wirtschaftsorganismus glückte, war, dass es nicht zu großen Lohnerhöhungen kommen würde.

Doch nicht zuletzt die IG Metall drückte im Osten schnell erhebliche Zuwächse durch. Die Folgen sind noch heute spürbar. In den jungen Bundesländern sind erheblich weniger Unternehmen im Arbeitgeberverband organisiert. Sie machen nach der Erfahrung von damals lieber ihre eigene Tarifpolitik.

Die ostdeutschen Betriebe litten damals nicht nur unter Lohnerhöhungen, sie mussten gleichzeitig erleben, dass große Teile der Nachfrage wegbrachen. Die alten Handelspartner aus dem kommunistischen Wirtschaftsverbund litten ebenfalls unter dem Umbruch. Sie hatten auch nicht die harten Devisen, um bei den „Seitenwechslern" wie bisher einzukaufen. Damit nicht genug: Selbst die eigenen Bürger wählten in den Regalen nicht mehr die eigenen Produkte, sondern bevorzugten die Westware. Die Erkenntnis, dass nicht alles schlecht war, was im Osten produziert wurde, kam erst später.

Die Treuhandanstalt hatte die undankbare Aufgabe, mehrere tausend volkseigene Betriebe, riesige Agrarflächen und staatliche Geschäfte, Gaststätten und Hotels zu privatisieren. Anfangs gab es sogar die Vorstellung, dass dies eine gewinnträchtige Sache sein könnte. Es kam bekanntlich ganz anders: Ein paar Bereiche ließen sich zwar schnell privatisieren, etwa die Interhotels, die Stromwirtschaft und die Zeitungen. Aber große Teile der ostdeutschen Wirtschaft waren nicht wettbewerbsfähig. Zwar stellte die Regierung Kohl der Treuhandanstalt immer mehr Mittel zur Verfügung. Sie sollte sich Zeit nehmen, die überlebensfähigen Betriebe zu sanieren. Aber trotz hektischer und häufig auch gelungener Rettungsaktionen wurden die Nachrichten aus den jungen Ländern immer bitterer: Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit schossen in die Höhe. Das lastete nicht nur auf der Treuhandanstalt, sondern auch auf dem Kanzler, der das Bild der blühenden Landschaften gezeichnet hatte.

Kohl hatte zudem im Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag – gewählt wurde im Dezember 1990 – Mehrbelastungen der Bürger ausgeschlossen. Obwohl die Situation des Bundeshaushalts zu Beginn des Jahres so gut wie lange nicht gewesen war (ohne Wiedervereinigung wäre der Etatausgleich möglich gewesen), hielt dieses Versprechen angesichts der vielen neuen Löcher, die sich nun auftun sollten, nicht lange. Die Regierung nahm den Irak-Krieg, an dem sich Deutschland wenigstens finanziell beteiligen musste, zum Anlass, einen zunächst befristeten Steuerzuschlag einzuführen. Nach kurzer Auszeit wurde er (unbefristet) wiederbelebt, nun aber unter Verweis auf die immensen Kosten der Wiedervereinigung. Noch heute zahlen die Deutschen diesen Solidaritätszuschlag. Geht es nach Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), werden sie den „Soli" bis 2030 zahlen – vierzig Jahre nach der Wiedervereinigung.

Doch einiges ist geschafft. Die großen Investitionsprojekte zur deutschen Einheit wurden zügig verwirklicht. Der durch die Einheitskosten mächtig in Schieflage geratene Bundeshaushalt wies 2014 eine „schwarze Null" aus. Andere Defizite sind geblieben. Zu den wichtigsten gehören: Trotz erheblichen Rückgangs ist die Arbeitslosigkeit im Osten mit zuletzt neun Prozent immer noch deutlich höher als im Westen (5,8 Prozent). Das Bruttoinlandsprodukt je Kopf liegt im Osten nur bei 75 Prozent des westdeutschen Durchschnitts. Doch sind die Unterschiede im Lebensstandard geringer, weil über Steuern und das Sozialsystem kräftig umverteilt wird.

Klaus Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat an der FU Berlin hat die Finanztransfers in den Osten einmal zusammengerechnet: Er addierte Wirtschaftsförderung, Solidarpakt, Länderfinanzausgleich und EU-Fördermittel. Dem schlug er die Transfers über die Sozialsysteme zu. Von der Summe zog er die im Osten erwirtschafteten Steuern und Sozialabgaben ab. Er kommt auf einen Nettotransfer von zwei Billionen Euro seit 1990.

Foto Rainer Wohlfahrt

Trotz dieses gigantischen Geldstroms ist die wirtschaftliche Kluft in den vergangenen zwanzig Jahren nicht mehr kleiner geworden. Nach Einschätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung spricht alles dafür, dass Ostdeutschland auch in den nächsten 25 Jahren nicht aufholen wird. Es fehlen hoch produktive Großunternehmen in Ostdeutschland. Außerdem belastet der Bevölkerungsschwund die wirtschaftliche Dynamik. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat unlängst untersucht, wie weit Deutschland zusammengewachsen ist – mit einem erstaunlichen Ergebnis, wie Direktor Reiner Klingholz berichtete: „Ob bei der Bevölkerungsentwicklung, der Wirtschaftskraft, den Vermögen, den Erbschaften oder der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe – überall zeichnet sich ziemlich exakt die alte Grenze ab." Doch gibt es nach der Studie auch Annäherungen, etwa bei den Konsumgewohnheiten, Bildungsabschlüssen, der Lebenserwartung und der Zahl der Kinder. Das Resümee der Berliner Forscher bleibt ernüchternd: „Bis die beiden einst getrennten Teile wirklich zusammengewachsen sind, wird es wohl mindestens eine weitere Generation dauern."

Foto EZB

Altes Forum: *Sabine Beck in der Halberstädter Martinikirche, am selben Ort wie vor 25 Jahren* Fotos Studio Mahlke (2), Daniel Pilar (1)

WIEDER IN DER NISCHE

Wie die Bürger einer ostdeutschen Kleinstadt für ihr Recht auf freie Wahlen kämpften – und warum sie es heute nicht mehr in Anspruch nehmen. *Von Justus Bender*

Auf einmal stehen da Männer mit Gewehren. Es ist ein Oktoberabend in der Deutschen Demokratischen Republik, der berühmte Herbst im Jahr 1989. Ein Mann stapft durch die Dunkelheit auf die Martinikirche in Halberstadt zu, wo Hunderte versammelt sind, um Gebete für ihr Land zu sprechen. Nicht nur Gebete. Es geht um eine Revolution. Aber Revolution hin oder her, erst mal muss der Mann ein weniger historisches Geschäft verrichten. Also macht er eine Abbiegung, weg von der Kirche, hin zum Gebüsch, und da stehen sie auf einmal vor ihm, Männer mit geladenen Gewehren, Angehörige einer Betriebskampfgruppe aus den volkseigenen Betrieben der Umgebung, die paramilitärische Reserve der DDR – und sie stehen in Bereitschaft, warten auf den Befehl, gegen die Menschen in der Kirche loszuschlagen, Deutsche gegen Deutsche. „Da ist uns deutlich geworden, unter welcher Spannung der Abend stand“, sagte einer der Wortführer der Friedensgebete, Johann Peter Hinz, damals einem Radiosender.

Einige Wochen später ist wieder eine Versammlung in der Martinikirche. Im Kaufhaus gegenüber haben sich Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit einquartiert, mit Feldstechern und Fotoapparaten, um die Systemfeinde vom „Neuen Forum“ in der Kirche zu beobachten. Pfarrerin Sabine Beck steht am Mikrofon, Tausende drängen sich um sie. Den Zettel mit ihrer Rede gibt es noch heute, eine DIN-A4-Seite, dicht beschrieben mit zackiger Handschrift. „Ich habe Angst“, sagt Beck in ihrer Rede. Deshalb sei ihr die Gemeinschaft in der Kirche wichtig. „Wir wollen Demokratie, und wir wollen Mitbestimmung darüber, wie diese Demokratie aussehen soll“, sagt sie. Dicht um den Altar, vor dem Beck steht, stehen kräftige Männer, einer von ihnen ist Klaus Huch, ein Sportlehrer. Seine Funktion ist einfach: Er soll verhindern, dass Stasi-Mitarbeiter die Pfarrerin während ihrer Rede packen und aus der Kirche zerren. Seine Frau ist zu Hause bei den Kindern. Viele Ehepaare wechseln sich ab bei den Versammlungen. Wenn, dann soll nur einer verhaftet werden. Kommen beide Eltern in Haft, werden die Kinder zur Adoption freigegeben. Dabei forderten die Halberstädter nur Dinge, die ihnen laut der DDR-Verfassung ohnehin zustanden. Freie Wahlen zum Beispiel. Demokratie. Mitbestimmung.

So war das in Halberstadt vor einem Vierteljahrhundert. Und heute?

Heute ist die Wahlbeteiligung im Ort so niedrig wie nirgendwo sonst in der Bundesrepublik. Bei der Bundestagswahl 2013 gaben im Wahlkreis 68, zu dem Halberstadt gehört, nur 58,9 Prozent der Bürger ihre Stimme ab – der niedrigste Wert landesweit. Bei Kommunalwahlen ist es noch schlimmer. Der Oberbürgermeister von Halberstadt, Andreas Henk (Linkspartei), wurde, grob gerechnet, mit der Unterstützung jedes sechsten Halberstädters gewählt – weil überhaupt nur etwas mehr als jeder vierte seine Stimme abgab. „Jeder muss es lernen, sich dafür verantwortlich zu fühlen, wie in diesem Land gelebt, gearbeitet und regiert wird, und das mit seinem Handeln bezeugen“, sagt Pfarrerin Beck im Jahr 1989 in der Martinikirche. Heute werden Beck und die anderen Wortführer von damals oft gefragt, was mit der Demokratie in Halberstadt passiert ist im vergangenen Vierteljahrhundert. Und sie wissen dann auch nicht sofort eine Antwort.

Im Süden von Halberstadt, irgendwo zwischen dem Kaufmarkt Optimal und dem Autohaus Konrad, steht eine uralte Optima-Schreibmaschine mit schweren Tasten, die nach Öl riechen, und einer grünen Lackierung, die an eine Zeit erinnert, als es noch keine DDR gab. Seit sechzig Jahren schreibt Werner Hartmann auf dieser Schreibmaschine alles auf, was in Halberstadt passiert. Er ist 92 Jahre alt, Autor von Dutzenden Büchern, Ehrenbürger und Ortschronist von Halberstadt, und wer wissen will, wie er zum real existierenden Sozialismus stand, dem sagt er nicht ohne Stolz: „Meine Stasi-Akte war zweitausend Seiten lang, mit Material von vierzehn Spitzeln.“

Hartmann sitzt im Sessel neben einer alten Schirmlampe, die Wände in seinem Arbeitszimmer sind mit Bücherregalen zugestellt, meterweise Chroniken, Register und Aktenordner. Da muss Hartmann aber nicht reingucken. Er weiß auch ohne die Bücher, warum die Halberstädter nicht wählen gehen. Seine ältere Tochter zum Beispiel, die ist seit 25 Jahren arbeitslos. Erst verlor sie die Stelle bei der Post, dann arbeitete sie für ein Handelskontor, das ging pleite, dann kamen Lehrgänge, dann lange nichts. „Meine Tochter kriegt von mir hundert Euro im Monat zugeschossen, sie kommt nicht zurecht sonst. Mit 350 Euro vom Sozialamt kommen Sie nicht weit. Die Masse der Menschen in Halberstadt ist unzufrieden, und der Bürgermeister kann auch nichts tun, die Stadt hat ja kein Geld“, sagt Hartmann.

Schuldige Politiker: *Eine Montagsdemonstration in Halberstadt 1989*

Für die Menschen in Halberstadt war die Wiedervereinigung ein Schock. Davor gab es große Betriebe mit Tausenden Mitarbeitern, ein Stahlwerk, eine Fabrik für Schiffsmotoren. Die Auftragsbücher waren voll, aber die meisten Kunden saßen in Osteuropa und konnten nach der Wende nicht in teurer D-Mark bezahlen. Auch die Umstellung auf westdeutsche DIN-Normen verursachte immense Kosten. Also gingen Tausende Arbeitsplätze verloren. „Das war natürlich alles Mist“, sagt Hartmann. In den neunziger Jahren waren zwischen 16,9 und 22,2 Prozent der Halberstädter arbeitslos, heute sind es 7,6 Prozent. Fragt man Hartmann, hatte das zwei Folgen. Erstens: Die Leute hatten andere Sorgen, als sich um Parteien und Parlamente zu kümmern. Zweitens: Sie machten die Politik für ihre Misere verantwortlich, weil es in der DDR immer so gewesen war, dass „die da oben“ entschieden, wer etwas bekam und wer nicht. Das Gefühl, einem System ausgeliefert zu sein, das man nicht beeinflussen kann, hat sich in Halberstadt gehalten.

Sabine Beck seufzt. Sie schaut auf das alte Foto, sie in der Martinikirche, ihr Ehemann Reinhard war auch dabei, nur auf dem Foto ist er nicht zu sehen. Arbeitslosigkeit war nie das Problem der Becks. Sie war Pfarrerin, ihr Mann war Diakon und Sozialdezernent. Heute sitzen beide in ihrem kleinen Häuschen im Westen der Stadt, das sich nicht in das Raster der Nachbarschaft einfügen will, sondern schräg zur Straße steht. Die Enttäuschung der Becks hat nichts mit Geld zu tun, sondern mit Überzeugungen. Die Becks wollten keine Bundesrepublik Deutschland. Sie wollten

25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

eine bessere DDR. Sabine Beck und ihr Mann gehören zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung „Neues Forum“ von 1989. Beide wollten Reformen, eine Solidarność-Bewegung für Deutschland, und nicht den rheinischen Kapitalismus und westdeutsche DIN-Normen. Das mit der Reformbewegung klappte anfangs ganz gut. Die Martinikirche war voll und die Menschen riefen: „Wir sind das Volk!“ Dann kam die Grenzöffnung, und auf einmal riefen alle: „Wir sind ein Volk!“ Da wussten die Becks schon: Mit ihren Ideen für eine neue Verfassung würde es schwer werden. Stattdessen kam jenes System, das die Westdeutschen über Jahrzehnte ausbaldowert hatten. Es war im Vergleich kein schlechtes System. Aber es war kein von Ostdeutschen bestimmtes System. Für die Halberstädter war das vom Gefühl her ein großer Unterschied.

„Der Staat, das bin ich, dieses Bewusstsein ist nicht vorhanden, der Staat, das sind die anderen“, sagt Sabine Beck. Die Staatsferne bleibt nicht ohne Folgen. Neulich war Reinhard Beck als Ehrenamtlicher am Halberstädter Bahnhof, nahm Flüchtlinge in Empfang und zeigte ihnen den Weg zu den Taxis, die sie in die Erstaufnahmeeinrichtung fahren. Da beschwerte sich der Taxifahrer bei Beck, die Asylbewerber würden alle gleich Arbeit kriegen – und seine Tochter, die kriege keine Arbeit, das sei ungerecht. Für Beck war das ein Beispiel für die Mentalität mancher Ostdeutscher. Solidarität sei in der DDR eine Aufgabe des Staates gewesen, nicht der Bürger. „Eine autoritäre Demokratie wäre den meisten wahrscheinlich lieber“, sagt er. Die Vergangenheit bewirke eine Kettenreaktion: Weil die SED verhasst war, gebe es heute eine „Abscheu“ gegen alle Parteien; weil sich kaum einer in Parteien engagiere, gebe es bei Wahlen auch „nicht die fähigsten Kandidaten“; weil es an Kandidaten fehle, gehe niemand wählen; und weil niemand wählen gehe, kämen die alten Eliten wieder „hochgestolpert“. So erklären sich die Becks die geringe Wahlbeteiligung. Vielleicht denken sie dabei auch an Halberstadts Oberbürgermeister Henke. Der sagt, er sei „aus der SED nie ausgetreten“.

Real existierende Zivilgesellschaft: *Halberstadt heute – und im Winter 1989 während einer Demonstration* Fotos Daniel Pilar, Studio Mahlke

Die Becks sind keine Ausnahme. Viele 1989er sehen in der Vergangenheit einen Grund für die Politikverdrossenheit: der Pfarrer Hans-Peter Paul, der Sportlehrer Klaus Huch, der frühere Wahlleiter Dieter Krone – oder Silke und Joachim Schiemann, auch zwei Mitglieder des „Neuen Forums“ von 1989. „Vierzig Jahre prägen die Leute“, sagt Joachim Schiemann, „nicht nur in der Sprache, auch im Verhalten.“ In der DDR sei immer nach dem „Vater Staat“ gerufen worden. „Von klein auf wurde gelernt, dass der Staat bestimmt, was gut ist und was nicht. Man wurde trainiert, nicht aktiv zu werden und sich keine Gedanken zu machen“, sagt seine Frau Silke. Der Gründungsaufruf des „Neuen Forums“ begann mit zwei Sätzen: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische.“ Eigentlich, sagen die Schiemanns, seien das treffende Worte – „für die Situation heute“.

Porsche empfiehlt Mobil 1 und MICHELIN

Mehr unter www.porsche.de oder Tel. 01805 356 - 911, Fax - 912 (Festnetzpreis 14 ct/min; Mobilfunkpreise max. 42 ct/min).

Unsere Liebeserklärung an die Freiheit braucht nicht mehr als 3 Worte:
Macan, Panamera, Cayenne.

Seit 1950 in Stuttgart. Seit 2002 in Leipzig.
Porsche freut sich über 25 Jahre deutsche Einheit.

Die deutsche Einheit hat den Menschen Freiheit und viele neue Chancen gebracht. Auch wir sind neue Wege gegangen: mit der Eröffnung eines zweiten Produktionsstandorts in Leipzig im Jahr 2002. Hier bauen wir seitdem den Cayenne, den Panamera und den Macan. Hier sind wir heimisch geworden.

PORSCHE

Kraftstoffverbrauch (in l/100 km) kombiniert 11,5–6,1; CO_2-Emissionen 267–159 g/km
Panamera S E-Hybrid: Kraftstoffverbrauch (in l/100 km) kombiniert 3,1; CO_2-Emissionen 71 g/km; Stromverbrauch kombiniert 16,2 kWh/100 km

Wie prächtig *prangt die Burg: Schloss Lichtenwalde bei Chemnitz* Foto Imago

GESCHICHTE ZWEIER SCHLÖSSER

Lichtenwalde und Schönwölkau gehörten beide einmal derselben Familie. Zurück bekam sie ihre sächsischen Schlösser nicht. Aber was ist mit dem Inventar?

Von Andreas Platthaus

Stellen Sie sich zwei sächsische Schlösser vor, beide bis 1945 Eigentum derselben Familie, beide dann enteignet, beide in der DDR staatlich genutzt – das eine als Kurheim und Bildungseinrichtung, das andere als Volkseigenes Gut zur Saatproduktion und als Kulturhaus –, beide deshalb gut erhalten durch die Jahre bis 1989 gekommen. Heute ist das eine im Besitz einer gemeinnützigen GmbH des Freistaats Sachsen, die das Schloss bis 2010 aufwendig restauriert hat und es seitdem museal nutzt, drum herum wurde der barocke Garten samt seiner aufwendigen Wasserspiele wiederhergestellt. Die Gesamtanlage ist ein Besuchermagnet, sie liegt ein paar Kilometer von Chemnitz entfernt und heißt Lichtenwalde.

Das andere Schloss, nahe bei Leipzig, ist vergessen. 1998 wurde es von der Treuhand an eine Investorengruppe aus dem Westen verkauft, die aus dem Anwesen ein Kulturzentrum machen wollte. Bezahlt hat sie für das Anwesen samt seinem Park von fünfzehn Hektar eine halbe Million D-Mark – ein Spottpreis angesichts von Lage und Erhaltungszustand, was dadurch begründet wurde, dass sich die Käufer vertraglich verpflichteten, bis 2001 mindestens drei Millionen D-Mark in die Anlage zu investieren; insgesamt kündigten sie sogar rund hundert Millionen an. Aber es geschah nichts. Seitdem verfällt das zweite Schloss, Schönwölkau genannt und ein Prachtbeispiel des sächsischen Barocks.

Zwei Schlösser also, zwei Schicksale. Doch für die frühere Eigentümerfamilie sind beide nicht glücklich zu nennen, obwohl der Fall von Schönwölkau auf den ersten Blick viel mehr schmerzt.

Bei den früheren Eigentümern handelt es sich um die Vitzthums von Eckstädt, die unter August dem Starken zu einer der wichtigsten sächsischen Adelsfamilien und 1711 in den Reichsgrafenstand erhoben wurden. Da gehörte ihnen Schönwölkau bereits, Lichtenwalde erwarben sie 1764 durch Erbschaft, es wurde schließlich ihr Stammsitz. 1945 beschlagnahmte die Rote Armee das Anwesen, fast alle Familienangehörigen flohen in den Westen, nur die Witwe des letzten Majoratsherrn, Sibylle Gräfin Vitzthum, blieb zurück und lebte bis zu ihrem Tod 1951 im Dorf Lichtenwalde. 1946 zogen die sowjetischen Soldaten wieder ab, das Schloss war leer geräumt.

Fast leer. Wer heute Lichtenwalde besucht, findet am Museumseingang ein Bild vor, das kein Geringerer als der Dresdner Hofmaler Louis de Silvestre 1744 gemalt hat: ein Porträt Johann Georgs von Sachsen, des „Chevalier de Saxe“, ein illegitimer Sohn Augusts des Starken. Es hing früher in der Schlossbibliothek und wurde 1945 von sowjetischen Soldaten zerstört: Die Leinwand ist zerrissen, Kugellöcher finden sich vielfach, der Dargestellte ist kaum noch zu erkennen, doch das Bild überdauerte auf dem Dachboden des Schlosses und wurde 2007 wiederentdeckt. Jetzt legt es in seinem beklagenswerten Zustand eindrucksvoll Zeugnis der Nachkriegsgeschichte von Lichtenwalde ab.

Und von einem bösen Spiel. Denn das Bild steht den früheren Eigentümern zu. Zwar sind die Enteignungen im Zuge der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone durch den Einigungsvertrag von 1990 bestätigt worden, doch das betrifft nicht das Mobiliar der Gebäude. So gab das Museum Moritzburg aus Halle vor zwei Jahren mehrere Gemälde an die Familie Vitzthum zurück. Ich sehe sie beim Senior des Clans, dem heute neunundneunzigjährigen, aber quicklebendigen Georg-Sighart Graf Vitzthum, in dessen Frankfurter Wohnung. Sein Neffe hat die Bilder mitgebracht, denn es ist die jüngere Vitzthum-Generation, die sich die Erforschung des früheren Kunstbesitzes der Familie zur Aufgabe gemacht hat. Die früher in Wölkau befindlichen Gemälde sind alle aus den Rahmen geschnitten und in lädiertem Zustand, wenn auch nicht so zerstört wie das Porträt des Chevaliers in Lichtenwalde. Dafür stammen sie allerdings von weniger bedeutenden Malern. Doch für die Familie bedeutet die Rückgabe der Bilder viel.

Wie schmächtig *ist ein Schloss vor den Wettergewalten: Schönwölkau* Foto Andreas Pein

Die Bemühungen um eine Rückübereignung von Lichtenwalde und Schönwölkau, die Wolfgang Graf Vitzthum, der bekannte in Tübingen lehrende Jurist, federführend für die Familie in den frühen neunziger Jahren betrieb, blieben erfolglos. Man habe ihn damals, erinnert er sich heute, in Sachsen wie einen Feind empfangen. Und das habe sich auch bis heute noch nicht überall geändert.

Für Lichtenwalde ist nicht mehr rekonstruierbar, was wie wohin verschwand. Mit Schönwölkau verhält es sich anders. Hier war ein Teil der alten Ausstattung erhalten geblieben. Eine vom auch heute noch dafür zuständigen sächsischen Denkmalschützer Alberto Schwarz 1991 erstellte Beschreibung des Schlosses listet unter anderem die damals erhaltenen Einrichtungsgegenstände auf, so den „vollständig mit Eichenholzvertäfelung ausgestatteten Salon, der ein überaus wertvolles Denkmal für eine Innendekoration um 1750 darstellt“. Im Festsaal, dem repräsentativsten Teil des Gebäudes, hingen noch mehrere Gemälde, wobei vier großformatige Porträts von August dem Starken und König August III. sowie deren Gattinnen – eventuell auch von Silvestre gemalt – schon entfernt waren. „Wohin sie gekommen sind, konnte bisher nicht in Erfahrung gebracht werden“, hieß es 1991. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Dafür schätzt Schwarz nach jahrzehntelanger Forschung die architektonische Bedeutung des Schlosses nun noch höher ein als 1991.

Die Bitte der Vitzthums an Museen in der Umgebung von Schönwölkau und Lichtenwalde, zu überprüfen, ob in deren Depots nicht Gegenstände schlummerten, die der Familie zuständen, erbrachte jahrelang nur knappe verneinende Antworten. Bis im Frühjahr dieses Jahres plötzlich noch einmal aus dem Museum Moritzburg in Halle eine Nachricht kam: Man habe dort nun auch Porzellane Vitzthumscher Provenienz entdeckt. Insgesamt wurden der Familie kürzlich mehr als zweihundert Objekte zurückgegeben, darunter eine Prunkvase, die wohl der sächsische König 1811 den Vitzthums zum hundertsten Jahrestag ihrer Erhebung in den Grafenstand schenkte, sowie Teile des bedeutenden, um 1730 eigens für die Familie in Meißen entworfenen Schmetterlingsservices, dessen Motiv bis heute von der Meißener Manufaktur benutzt wird.

Das Schmetterlingsservice lagerte nachweislich bis 1951 in einem um 1720 angefertigten großen Wellenschrank, der 1991 unbeschädigt, aber leer in der Eingangshalle von Schönwölkau stand. Dann wurde das Porzellan von der Landesbodenkommission abtransportiert. Weitere Einzelstücke sind jetzt im Bayerischen Nationalmuseum und wohl auch in einem Museum in Amsterdam identifiziert worden; aus München liegt den Vitzthums schon die Rückgabezusage vor. In den Auktionshäusern Bonhams (London) und Schuler (Zürich) wiederum wurden im September 2014 jeweils Familienporträts versteigert, die früher in Lichtenwalde hingen: eines von George Desmarées, das andere von Hyacinthe Rigaud gemalt. Beide Versteigerer weigerten sich, die Einlieferer zu nennen, obwohl die Bilder in der Lost-Art-Internet-Datenbank eingestellt sind.

In Lichtenwalde wiederum findet sich nicht nur das geschundene Silvestre-Bild, sondern in dem mittels Leihgaben wieder einigermaßen originalgetreu eingerichteten Kaminzimmer stehen auch Möbelstücke aus dem Originalinventar, auf die die Vitzthums Anspruch erhoben haben. Antwort haben sie darauf nie erhalten. Zwei 1905 gemalte, gleichfalls hier ausgestellte Innenansichten zeigen die einstige Pracht des Schlosses Schönwölkau, die Georg-Sighart Graf Vitzthum als junger Mann noch selbst erlebt hat. 2011 besuchte er zusammen mit weiteren Familienmitgliedern zur Feier des dreihundertjährigen Reichsgrafenjubiläums noch einmal Lichtenwalde; ein Foto davon ist lediglich in der Gaststätte des Anwesens zu sehen. Die jetzige Schlossverwaltung zeigt wenig Sympathie. Auch als das Chevalier-Bild entdeckt wurde, ist die frühere Eigentümerfamilie darüber nicht informiert worden.

Und Schönwölkau ist auf dem Weg zur Ruine. Obwohl alle Voraussetzungen für eine Rückabwicklung des Kaufvertrags erfüllt sind – die zugesicherten Investitionen blieben ja aus –, erfolgt sie nicht. Dem Freistaat Sachsen gehören schon viele Schlösser; an einem weiteren, noch dazu mittlerweile extrem renovierungsbedürftigen, hat er kein Interesse; nur wenn die Vitzthums selbst es wieder übernähmen, so ist zu hören, würde er aktiv. Vor fünfzehn Jahren, als das Gebäude noch relativ gut in Schuss war, wäre das eine gute Lösung gewesen.

Es ist ein Teufelskreis. Mittlerweile wurde mehrfach im ungesicherten Schönwölkau eingebrochen: Der Wellenschrank fiel Vandalismus zum Opfer, noch vorhandene Bilder wurden beschädigt, der Eigentümer verrammelt jedes Mal danach nur das jeweils neue Einstiegsloch. Durch undichte Dächer wird die Bausubstanz immer weiter zerstört. So weit die Geschichte der letzten 25 Jahre. Fortsetzung folgt hoffentlich.

25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

LITERATURLANDSCHAFT

Wo die Romane spielen, die uns deutsch-deutsche Geschichte nahebringen

LEER

Jan Brandt
„Gegen die Welt“
Tief im Nordwesten der alten Bundesrepublik erlebt ein Jugendlicher Ende der achtziger Jahre, was es heißt, in der Provinz aufzuwachsen, wenn gerade anderswo Geschichte gemacht wird.

CISMAR

Christoph Peters
„Herr Yamashiro bevorzugt Kartoffeln“
Auf den ersten Blick eine ganz andere Ost-West-Geschichte: Japaner bauen in Schleswig-Holstein einen Töpferofen. Doch alles läuft parallel zu den Umbrüchen in der DDR.

HIDDENSEE

Lutz Seiler
„Kruso“
Der Buchpreisgewinner 2014: Am äußersten Rand der DDR müssen Fluchtwillige mit der Frage zurechtkommen, ob es nicht doch besser wäre standzuhalten. Der Epilog führt in die Nachwendezeit.

BERLIN

Sven Regener
„Herr Lehmann“
9. November 1989: Herr Lehmann, ein Lebenskünstler aus West-Berlin, ist wie immer in der Kneipe. Was aus ihm selbst werden soll, ist ihm so wenig klar wie seinen Eltern. Doch dann fällt die Mauer.

BITTERFELD

Monika Maron
„Flugasche“
Dieser Roman einer ostdeutschen Autorin erschien 1981 nur im Westen. Was darin über das Bitterfelder Chemierevier zu lesen war, hätte vorausahnen lassen können, was 1989/1990 geschehen würde.

Stephan Thome
„Grenzgang“
Im Siebenjahresrhythmus eines lokalen Festes werden die Jahre 1985 bis 2006 zum Gegenstand eines Provinzromans, der die westdeutsche Mentalität mit höchster Präzision porträtiert.

BIEDENKOPF

DRESDEN

Uwe Tellkamp
„Der Turm“
Der berühmteste aller Wenderomane und Buchpreisgewinner des Jahres 2008 erzählt vom ostdeutschen Bürgertum im Sozialismus der achtziger Jahre, fokussiert auf eine Dresdner Familie.

EBERBACH

Peter Wawerzinek
„Rabenliebe“
Die deutsch-deutsche Desillusionierung: Nach der Wiedervereinigung besucht ein früherer DDR-Bürger zum ersten Mal seine Mutter, die ihn vor vierzig Jahren bei ihrer Ausreise zurückgelassen hatte.

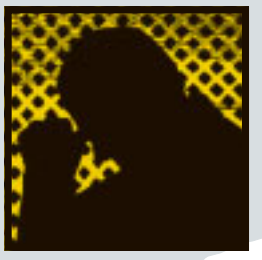
MAINZ

Ursula Krechel
„Landgericht“
Wer wissen will, auf welcher Arroganz gegenüber den Emigranten sich die Bundesrepublik gegründet hat, der wird es hier erfahren. Und einiges über den Einigungsprozess besser verstehen.

Arnold Stadler
„Ein hinreißender Schrotthändler“
1998 setzt der Roman ein, mit der Ankunft eines Flüchtlings vom Balkan in Köln. Sie bringt eine Erinnerung an die letzten zwanzig Lebensjahre in Gang, die den Ich-Erzähler in seine schwäbische Heimat führt.

MESSKIRCH

PASSAU



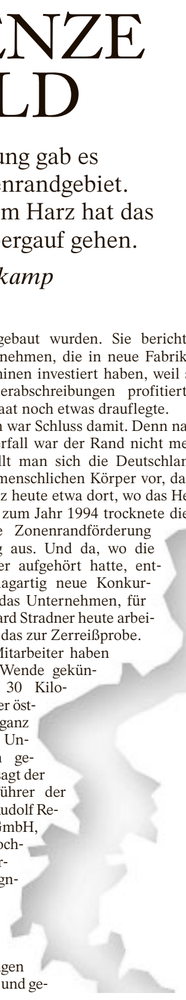
Petra Morsbach
„Gottesdiener“
Am Beispiel eines Priesters im Bistum Passau an der Schwelle zum 21. Jahrhundert wird vorgeführt, was uns nach dem Ende des politischen Kampfs der Ideologien noch an Glaubensfragen geblieben ist.

Illustrationen Kat Menschik

EINE GRENZE AUS GELD

Nach der Wiedervereinigung gab es kein Geld mehr für das Zonenrandgebiet. Das ging jetzt in den Osten. Dem Harz hat das nicht gutgetan – jetzt soll es bergauf gehen.

Von Johannes Pennekamp



Für Menschen, die Ruhe und Natur lieben, war der Harz schon immer ein Paradies. Für Unternehmer, die Geld verdienen wollen, kann man das nicht sagen. Vor allem in den Jahrzehnten, in denen der Eiserne Vorhang den Harz durchtrennte und dem Handel in Richtung Osten eine unüberwindbare Grenze setzte, war die Bergregion im Nachteil: Die Blütezeit des Bergbaus war lange vorbei, der touristisch attraktive Brocken lag im Osten, und die Verkehrsanbindung am Rand der Republik war ausgesprochen schlecht. „Die nächste Autobahn ist 20 Kilometer entfernt, Zulieferer müssen im Winter die Serpentinenstraße hochfahren“, sagt Britta Schweigel, die Bürgermeisterin der Berg- und Universitätsstadt Clausthal-Zellerfeld. Und der Winter kann eisig sein und lang, hier auf 600 Metern Höhe.

Damit Regionen wie der Westharz nicht den Anschluss verlieren, flossen in den Jahren der deutschen Teilung Milliarden in die Grenzregion. Die Zonenrandförderung, eine Subvention für Unternehmen in einem 40 Kilometer breiten Streifen von der Ostsee bis nach Bayern, war der Garant dafür, wirtschaftlich einigermaßen mit dem Rest der Republik mithalten zu können. Bei den Menschen im Westharz ruft das Förderinstrument aus längst vergangenen Zeiten noch immer schöne Erinnerungen wach: Sie erzählen von Hotelanlagen und Sparkassengebäuden, die eigentlich eine Nummer zu groß waren, dank üppiger Subventionen aber dennoch gebaut wurden. Sie berichten von Unternehmen, die in neue Fabriken und Maschinen investiert haben, weil sie von Sonderabschreibungen profitierten und der Staat noch etwas drauflegte.

Plötzlich war Schluss damit. Denn nach dem Mauerfall war der Rand nicht mehr Rand: Stellt man sich die Deutschland-Karte als menschlichen Körper vor, dann ist der Harz heute etwa dort, wo das Herz pocht. Bis zum Jahr 1994 trocknete die Geldquelle Zonenrandförderung vollständig aus. Und da, wo die Welt bisher aufgehört hatte, entstand schlagartig neue Konkurrenz. Für das Unternehmen, für das Bernhard Stradner heute arbeitet, wurde das zur Zerreißprobe.

„Zwei Mitarbeiter haben nach der Wende gekündigt und 30 Kilometer weiter östlich ein ganz ähnliches Unternehmen gegründet“, sagt der Geschäftsführer der Goslarer Rudolf Reproflex GmbH, einem hochspezialisierten Designunternehmens, das für Großkonzerne Verpackungen entwickelt und gestaltet. Zwölf Mitarbeiter seien in das Konkurrenzunternehmen gewechselt, das es vergleichsweise leicht gehabt habe: Denn der Staat subventionierte nun Investitionen und Löhne in den neuen Ländern. Der Wegfall der Zonenrandförderung war nur der eine Teil der Geschichte. Was die Sache aus Westperspektive heikel machte, war das neue Fördergefälle, das Unternehmen auf die andere Seite der früheren Grenze lockte. „Natürlich gab es dort enormen Nachholbedarf, aber für die Unternehmen hier war das schon eine Wettbewerbsverzerrung“, sagt Oliver Junk, der in der niedersächsischen Harzstadt Goslar Bürgermeister ist. Die Leute im Harz können eine ganze Reihe von Unternehmen aufzählen, die dem Fördergeld folgten und Niederlassungen und Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt aufbauten. Wernigerode, Ilsenburg, Quedlinburg – die Städte im Osten entwickelten sich in Rekordtempo zu konkurrenzfähigen Investitionsstandorten.

Ist das frühere Zonenrandgebiet der Verlierer der Wiedervereinigung? „In den ersten Jahren nach der Grenzöffnung entwickelte sich dieser Raum in demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht günstiger als Westdeutschland insgesamt“, schreibt der Geograph Thorsten Erdmann in einer vor zwei Jahren veröffentlichten Untersuchung. Doch nach dem „Vereinigungsboom“ sei die Region zurückgefallen. Die Grenze aus Stein und Stacheldraht sei durch eine neue „Fördergrenze“ ersetzt worden. Viele Landkreise haben außerdem mit schrumpfender Bevölkerung zu kämpfen. Das gelte aber nicht für das gesamte Gebiet, schreibt Erdmann: Während sich Lüneburg, Gifhorn und Fulda günstig entwickelt hätten, konnten die Kreise im Harz und Oberfranken vergleichsweise wenig vom Wegfall des Eisernen Vorhangs profitieren.

Das alles klingt nach Tristesse. Wer jedoch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung in den Harz fährt, erlebt etwas anderes, nämlich Aufbruchstimmung. Oliver Junk, der seit 2011 Bürgermeister in Goslar ist, hat die Initiative „Ein Harz“ ins Leben gerufen. Vertreter aus den fünf Landkreisen und drei Bundesländern, die zum Harz gehören, treffen sich seit einiger Zeit regelmäßig, um sich zu überlegen, wie sie den Harz gemeinsam vermarkten und wirtschaftlich voranbringen können. „Fachkräfte, Infrastruktur, Demographie – das sind Themen, die wir alle gemeinsam anpacken müssen“, sagt der 39 Jahre alte CDU-Mann. Die Kleinstaaterei in den Rathäusern soll ein Ende haben. „Die Kommunalstruktur mit den vielen beteiligten Kreisen und Ländern hat das offenbar lange kompliziert gemacht“, sagt Junk. Der Bürgermeister ist aus Bayern nach Goslar gekommen – vielleicht brauchte es erst diesen Blick von außen, um zu sehen, dass eine Region wie der Harz nur mit geeinten Kräften vorankommen kann. Dass im Osten die Förderung nun auch abgeschmolzen sei und man sich in dieser Hinsicht nun wieder auf Augenhöhe bewege, mache die Sache einfacher, sagt Clausthal-Zellerfelds neue Bürgermeisterin Britta Schweigel.

Der finanzielle Spielraum ist begrenzt. Clausthal-Zellerfeld und der Landkreis Goslar haben wie mehrere andere Kommunen der Region „Zukunftsverträge“ mit dem Land Niedersachsen geschlossen: Ihnen wird ein Teil ihrer Schulden erlassen, dafür verpflichten sie sich auf Jahre zu Reformen und Sparsamkeit. Das klingt nach einer Situation wie in Griechenland, aber hier im Harz haben sie die Rettungsaktion als Chance begriffen: „Wir haben inzwischen einiges verändert und stehen wieder gut da“, sagt Junk.

Und das Kreativunternehmen Rudolf Reproflex, das durch das Fördergefälle neue Konkurrenz bekam? „Für uns war das letztlich eine Frischzellenkur“, sagt Geschäftsführer Stradner. Das Unternehmen beschäftigt heute in Goslar rund 120 Mitarbeiter und gehört zu einem weltweit aktiven Konzern. Nestlé, Apple und Microsoft gehören zu den Kunden.

ZURÜCK IN DEN OSTEN

Es muss nicht immer der Westen sein: Zu Hause ist es auch ganz schön. *Von Philipp Krohn*

Es ist schon spannend“, sagt Alexander Trommler, nachdem er eine Weile über seine Geschichte als Auswanderer und mehrfach Zurückgewanderter berichtet hat. „Als gutausgebildeter Mensch ist es heute nicht mehr notwendig, aus wirtschaftlicher Not dort zu leben, wo man nicht will.“ Man könnte es auch so sagen: Der Arbeitsmarkt in Ostdeutschland hat sich normalisiert. Inzwischen geht es einzelnen Regionen in Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Sachsen so gut, dass Menschen hierher zurückkehren können, ohne große wirtschaftliche Einbußen in Kauf zu nehmen.

Besonders in den Jahren 1989 und 1990 zog es viele Ostdeutsche wegen der wirtschaftlichen Misere nach dem Zusammenbruch der DDR in den Westen. Allein in diesen beiden Jahren der Wende verließen fast 400 000 Ostdeutsche ihre Heimat. In den Folgejahren waren es weniger als 200 000. Doch nach der Jahrtausendwende ging es drei Jahre lang wieder darüber hinaus. Mit immerhin 16 Prozent der in dieser Phase Abgewanderten teilt Alexander Trommler die Erfahrung, nach einigen Jahren im Westen wieder in den Osten zurückgekehrt zu sein.

Trommler gehört der Generation an, die den Einheitsprozess als Heranwachsende erlebt hat. Als beide Staaten den Einigungsvertrag unterzeichneten, war er zwölf Jahre alt. Vorausgegangen war eine typische DDR-Jugend: genormt, ohne große Extreme; schon als Kind entwickelte er aber unter Einfluss des Westfernsehens eine Sehnsucht nach dem kapitalistischen Teil Deutschlands. Aufgewachsen ist er in Langenhessen, nahe der sächsischen Grenze zu Thüringen, von wo es 15 Kilometer nach Zwickau sind. „Schwarzwaldklinik“ und „Soko 5113“ vermitteln ihm das Bild vom reichen Westen. Im Urlaub am ungarischen Plattensee bekommen Bürger der BRD für eine Mark 49 Forint. „Die konnten jeden Tag essen gehen“, erinnert er sich. Für eine DDR-Mark gibt es dagegen gerade einmal sieben Forint. Nach der Wende wartet Trommler dann, bis er 1996 das Abitur macht. Dann ist klar, dass er sein Glück im Westen versucht. Ein Ausbildungsangebot führt ihn nach Witten im Ruhrgebiet. „Ich war gespannt auf das Leben dort“, sagt er. Unter seinen Freunden ist er ein Exot. „Aber die Landung auf dem Boden war hart.“ Die Stadt in Westfalen ist nicht gerade die Erfüllung seiner Sehnsucht nach dem Westen. Ein Jahr später ist er zurück in Sachsen, um ein Studium zu beginnen. Geblieben ist ihm von damals nur seine Leidenschaft für Schalke 04.

Um Erfahrungen reicher: *Alexander und Magdalena Trommler* Foto Roger Hagmann

Wie viele Altersgenossen genießt er in den kommenden Jahren den Aufbruch im Studentenleben im Osten: gute Studienbedingungen, günstige Mieten, viele Freunde aus Kindertagen sind ebenfalls geblieben. Doch als sie mit dem Studium fertig werden, erleben sie die Kehrseite des Aufbruchs in den neuen Ländern: Es gibt nicht ausreichend Stellen, die Privatwirtschaft ist nicht stark genug, um die geburtenstarken Jahrgänge der Vorwendezeit aufzufangen. „Um 2000 herum war die Stimmung: Die Loser bleiben hier, die Gewinner gehen.“

In dieser Zeit erzählen die etwas älteren Übersiedler auf ihren Heimatbesuchen die größten Erfolgsgeschichten. „Es entstand ein Besitzneid: Wer im Westen arbeitete, konnte sich mehr leisten.“ Für Trommler trifft es sich gut: Seine damalige Freundin studiert in Freiburg im Breisgau. Von seinen vier Stellenangeboten sucht sich der Baubetriebswirt das aus, das ihn am dichtesten an die Unistadt im Südwesten heranführt. Unter der Woche wohnt er in einer WG in Stuttgart, am Wochenende genießt er das Leben am Rande des Schwarzwaldes. Weihnachten und Ostern geht es zurück nach Hause. Viele seiner Freunde berichten so wie er von ihren Abenteuern im Westen.

Der Osten verödete noch mehr. „Das Sterben oder Nichtentstehen urbaner Kultur hatte stark mit der Abwanderung zu tun“, stellte Trommler bei seinen Heimreisen fest. „Wer geht denn schon in Kneipen oder Konzerte, wenn keiner mehr da ist? Das hat den Effekt verstärkt.“ Freiburg dagegen wird zu seiner Traumstadt. Doch allmählich tat sich etwas im Osten: Die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt verbesserte sich. Langsam kamen die geburtenschwachen Jahrgänge der Wendezeit ins Alter des Berufseinstiegs. Unternehmen aus dem Westen bauten Niederlassungen im Osten auf. Zwei Jahre nach seiner zweiten Übersiedlung erhält Trommler ein attraktives Angebot aus Erfurt. In dieser Zeit lernt er seine Frau Magdalena kennen – bei einem alten Freund in seinem Heimatort, der seinen 30. Geburtstag feierte.

„2005 drehte sich die Lage. Der Arbeitsmarkt wurde besser, der Geburtenknick wurde deutlich spürbar“, sagt Trommler. Fachkräfte wurden knapper. Seither findet er immer wieder Arbeit in den östlichen Bundesländern: zwei Jahre Erfurt, eineinhalb Jahre Berlin. 2008 wird der Sohn geboren. Plötzlich werden ganz andere Dinge wichtig: Seine Frau hat enge Bindungen zu ihrer Familie, außerdem schätzen sie die Möglichkeiten der Kinderbetreuung im Osten. Der Wohnraum ist bezahlbar. „Das ist der Vorteil der Provinz“, sagt Trommler. „Wenn man 500 Euro weniger Miete zahlt, kann man auch Abstriche beim Gehalt machen.“

Auch einige seiner besten Freunde ziehen in seine unmittelbare Umgebung zurück. Seine zwei Versuche im Westen bereut Trommler keinesfalls. Er hat viele berufliche Kontakte geknüpft, die ihm weitergeholfen haben, als er seine Arbeitsplätze wechselte. Und er hat andere Mentalitäten kennengelernt. Seine Neugier aber ist gestillt. „Ich weiß jetzt, dass es dort schön ist, aber nicht schöner als hier.“

Deutsche Bank
db.com/de

Wir feiern mit ganz Deutschland
25 Jahre Wiedervereinigung.

Leistung aus Leidenschaft

25 Jahre Deutsche Einheit Hessen 2.–4. Oktober 2015

Partner des Bürgerfests in Frankfurt zum Tag der Deutschen Einheit 2015

Erleben Sie mit 15 Persönlichkeiten emotionale Momente der Wiedervereinigung.

Doping-Opfer *Marie Katrin Kanitz* Foto dpa

KERNLÜGE DES SPORTS

Das „Einheitsmanna“ ist für die von Krankheit gezeichneten Doping-Opfer bitter, sagt die Schriftstellerin Ines Geipel. Wo bleibt die Hilfe?

Frau Geipel, Sportfunktionäre und Politiker behaupten, die Vereinigung im Sport sei gut gelungen. Sehen Sie das auch so?

Es ist uns nicht gelungen, die schweren Hypotheken des Spitzensports der vergangenen 50 Jahre zur Kenntnis zu nehmen. Die Kinder, die damals begeistert zum Sport gingen, sind heute 50, 60 Jahre alt und haben schreckliche Doping-Folgen zu tragen, leiden an schwersten physischen und psychischen Krankheiten. Viele sterben. Das Einheitsmanna ist deshalb für diejenigen, die im Spitzensport der DDR zu Opfern gemacht wurden, ausgesprochen bitter. In den 25 Jahren nach der Einheitsverkündung ist es der Gesellschaft nicht gelungen, die Kernlüge des Spitzensports in den Blick zu nehmen.

Bei der Kernlüge denken Sie an die Erfolge durch pharmakologische und ideologische Manipulation?

Ja. Aufschlussreich ist ja, dass Deutschland hier deutlich früher vereint war als im Politischen, spätestens seit den Sommerspielen in München 1972. Sportfunktionäre aus Ost und West saßen zusammen in der Sauna und besprachen sich in Sachen Chemie. Es gab Konsens, was zu machen sei, wobei das staatliche Zwangssystem im Osten weiterging. Aber den Preis haben allein die Athleten bezahlt. Sie sind heute mit ihren Schäden allein.

Weil diese vereinte Doping-Mentalität die Einheit von 1990 überstanden hat?

Vor zwei Jahren gab es die Studie zum West-Doping, die das detailreich belegt hat. Auch das DDR-Staats-Doping ist längst aktenkundig. Es gibt also kein Informationsdezifit. Aber die alten, Doping-sozialisierten Netzwerke sind noch immer da und aktiv. Dass sie sich derart halten konnten, hat vor allem auch mit Defiziten in der Gesellschaft zu tun, das heißt, wie wir uns den Sport erzählen. Wir kommen aus dem Glaubensnarrativ nicht in die Realität. Da haben Sportopfer keine Chance, ihre Rechte durchzusetzen.

Sie meinen, die öffentliche Auseinandersetzung mit der Bewältigung von Missbrauch im Sport störe das Bild von seiner heilen Welt oder zumindest das Geschäft?

Wir sind grade in einem neuen Szenario. Deutschland will Olympia, die Sommerspiele 2024. Das ist für den deutschen Spitzensport enorm wichtig. Es wäre doch allen sicher wohler dabei, wenn wir nun mal gründlich nach hinten schauen würden. Es ist doch niemandem

Doping-Opfer *Cornelia Reichhelm* Foto Picasa

mehr erklärbar, warum es nicht gelingt, die Opfer angemessen zu entschädigen, sie in die Mitte der Gesellschaft zu nehmen und nachhaltige Strukturen aufzubauen, damit Athleten, die aus einem rüden Sportsystem herausfallen, in irgendeiner Weise aufgefangen werden. Dass wir an diesem Punkt nicht weiterkommen, hat vordergründig nichts mit Geld zu tun.

Sondern?

Wir haben im Westen ein Doping-Problem. Im Osten haben wir das Doping-Problem und die alte Ideologie dazu. Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) braucht die Wählerschaft im Osten. Das ist harte Arbeit für den DOSB-Präsidenten Alfons Hörmann, der ein harsches Erbe mit Altlasten regeln muss, das sein Vorgänger Thomas Bach, nun IOC-Chef, völlig ausgesessen hat.

Der organisierte Sport verweist auf den 3. Oktober 2000, weil mit diesem Datum die Verjährung der Verbrechen einsetzte, die Trainer und Ärzte an jungen Athleten begangen haben…

... von diesem Moment an konnten die alten Netzwerke im Osten still und leise reüssieren. An den Stasi-Organigrammen etwa in Thüringen oder in Brandenburg lässt sich das gut erkennen: Da springt ein Belasteter in ein Sportinstitut und taucht dann irgendwann wieder in einem Landessportbund oder einem Fachverband auf. Der Westen hat das nie kapiert, wie strategisch linke Altnetzwerker vorgehen. Für die Opfer ist das brutal, weil sie erneut zerrieben und zersetzt werden.

Sie denken unter anderem an den Landessportbund Thüringen, dessen Geschäftsführer Stasi-Spitzel war und der als DDR-Nomenklaturkader im neuen System bestens reüssieren konnte?

Unter der Diktatur schwach gewesen zu sein ist das eine. Aber mit 1989 jegliche Aufarbeitung verhindert zu haben, die Opfer verhöhnt und ein altes Netz neu etabliert zu haben das andere. Es ist das Gesamtpaket bei Rolf Beilschmidt, was ihn als Sportfunktionär untragbar macht. Selbst jetzt, nach so viel Kritik und Öffentlichkeit, gibt es bei ihm keinerlei Einsicht, sondern nur ein Weiterso. In der Zwischenzeit laufen in unserer Beratungsstelle aber die Fälle heiß. Schlimmste Schicksale, wie sie jüngst im „Spiegel“ geschildert wurden.

Sie meinen die Vergabe von Hormonen an eine Turnerin, damit sie im Wettkampfalter nicht mehr wächst.

Erst mittels Sexualhormonen nicht mehr wächst und dann mittels Wachstumshormonen wieder gestreckt wird und die nun fast 40 Jahre mit schlimmen Organschäden und Schmerzen lebt. Bei uns rufen nicht die Altstars an, sondern die, die mit acht, zehn, zwölf Jahren durch die Chemiemühle mussten, ohne jede Information. Viele rufen zunächst inkognito an, weil sie sich so schämen. Was sie brauchen, sind noch immer Informationen darüber, was mit ihnen gemacht wurde. Aber die Täter schweigen.

Warum gibt es keine Lobby für die Doping-Opfer?

Weil der Spitzensport bis auf weiteres ein völlig in die Verantwortungslosigkeit fallender Bereich ist. Niemand fragt nach, wie man zu Medaillen kommt, Hauptsache, es sind welche da. Wir ertragen es nicht, wenn wir nicht Weltmeister werden.

Gibt es einen Ausweg?

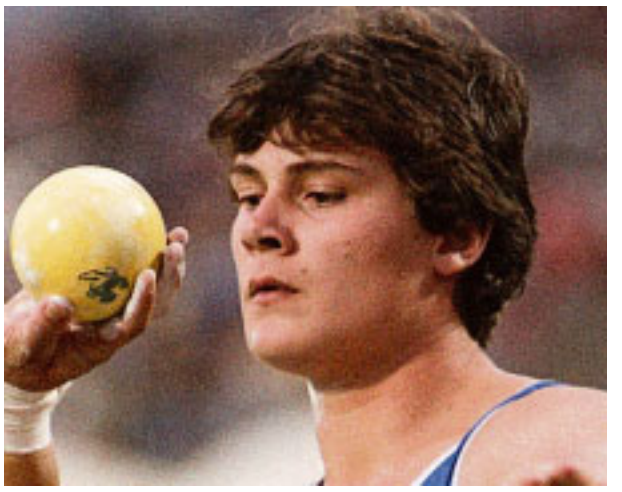
Ein sauberer Sport wäre keine Hexerei und ist auch keine Frage des Geldes. Es geht um die Einhaltung von Regeln, um Fairness, ohne Beschiss. Da aber unser gesellschaftliches Leitbild in den vergangenen 20 Jahren individuelle Vorteilnahme um jeden Preis geworden ist, wird es nicht leichter, im Sport nun mit Regeln zu kommen. Es muss uns aber klar sein, dass wir für diese Lüge einen hohen Preis bezahlen. Die Doping-Opfer-Hilfe ist so etwas wie die Black Box des deutschen Sports geworden. Die beiden Frauen, die in unserer Beratungsstelle arbeiten, sind von der Schwere der Fälle, die bei uns anlanden, längst traumatisiert. Das kann keine Lösung sein. Wir sind zuständig dafür, mit dem Sport einen Raum zu schaffen, in dem tolle, talentierte junge Leute machen können, was sie lieben, ohne manipuliert zu werden für die Interessen anderer. Diese Idee von Spitzensport preiszugeben wäre fatal. Wir sind in der Lage, Muskeln zu trainieren, also können wir auch Verantwortung trainieren.

Wirkt die Forderung des Innenministers, die Medaillenausbeute um wenigstens ein Drittel zu erhöhen, kontraproduktiv?

Der Innenminister kommt bestimmt bald mal in unsere Beratungsstelle und schaut sich die Schäden der vergangenen 50 Jahre an. Es ist anzunehmen, dass er dann dieses alte Erfolgsmodell revidiert. Es kann auch gar nicht anders gehen. Ansonsten steigen wir immer wieder auf das Missbrauchskarussell. Und wir können uns ja nicht mal dem Schaden stellen, den wir für unseren seltsamen Weltmeisterspaß schon produziert haben.

Der Sport ist zu einer Selbstkontrolle zum Schutz der Athleten offenbar nicht in der Lage, weil der Erfolg über allem steht. Das haben die vielen Doping-Enthüllungen in den vergangenen fünfzig Jahren bewiesen. Sollte der Staat stärker eingreifen?

Die vielen Gespräche im Innenministerium, mit dem DOSB und den politischen Fraktionen haben gezeigt, dass genau an dem Punkt, wo es nicht mehr um Glaubensfragen im Sport geht, sondern um die Realitäten, ausgeblendet wird. So wie sich der Spitzensport vom alleinigen Erfolgsmodell emanzipieren wird, muss sich die Politik von ihrem naiven Fantum emanzipieren. Der



Doping-Opfer *Heidi Krieger* Fotos dpa

Sport ist ein absolutes Hochrisikogeschäft mit aktuell schweren Verwerfungen. Wenn wir jetzt ohne verantwortlichen Rückblick auf Olympia in Hamburg setzen, organisieren wir uns zunehmend ein ziviles Soldatenheer. Wir stecken vorn phantastische, junge Athleten in einen Chemiezug und lassen hinten beim DOH Hunderte kaputte Seelen und Körper rauskommen. Das kann es nicht sein. Aus dem Modell müssen wir raus. Das hängt nicht von der Frage ab, ob mehr Staat oder nicht, sondern wie wir es als Gesellschaft mit dem Spitzensport halten wollen.

Cornelia Reichhelm, als Kind mit Doping-Mitteln vollgestopft und längst vom Staat anerkanntes Doping-Opfer, hat vor Gericht eine Rente erstritten. Hat sie den Weg bereitet?

Wir alle haben großen Respekt vor ihr. Sie ist acht Jahre lang von Prozess zu Prozess gezogen, hat sich im Osten dem Sadismus der Behörden ausgesetzt, die das DDR-Zwangs-Doping noch immer abstreiten. Aber das kann nicht der Weg des DOH sein, jetzt Hunderte Opfer acht, zehn Jahre durch die Instanzen zu schicken. Das wäre absolut inhuman, gemessen an ihrem Zustand. Nein, diese Rente sagt doch vor allem, dass für diese Opfer auch juristisch gesehen ein Anrecht auf Rente besteht. Nun sind Sport und Politik gefragt für eine nachhaltige Regulierung!

Das Gespräch führte Anno Hecker

Foto dpa

INES GEIPEL

Die Professorin an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“ in Berlin gehörte als Sprinterin einer gedopten Weltrekord-Staffel an. Sie ließ ihr Resultat streichen. Als Vorsitzende des Doping-Opfer-Hilfe-Vereins kämpft sie um Unterstützung für etwa 2000 manipulierte Athleten.

OHNE OLIGARCHEN

Noch immer gibt es eine tiefe Kluft zwischen West und Ost in Deutschland. Die Superreichen sitzen im Westen. *Von Philip Plickert*

Auch ein Vierteljahrhundert nach der Einheit sind die Vermögen im Osten deutlich kleiner als der Reichtum im Westen. Im Durchschnitt besitzt ein privater Haushalt in den neuen Ländern rund 67 000 Euro – weniger als halb so viel wie die westdeutschen Haushalte, die durchschnittlich auf 153 000 Euro kommen. Das hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnet. Die Kluft hat sich seit der Wende nur schleichend geschlossen. Lag das durchschnittliche Vermögen im Osten 1993 laut DIW bei gut 30 Prozent des West-Vermögens, sind es nun 44 Prozent. Der bescheidene Wohlstand der Bevölkerung der Ex-DDR liege vor allem daran, dass Immobilienbesitz weniger verbreitet sei, sagt der DIW-Verteilungsforscher Markus Grabka. Der Rückstand ist aber vor allem ein Erbe von vierzig Jahren Sozialismus, in dem die Bevölkerung kaum Vermögen aufbauen konnte, während im Westen die große Erbenwelle den Wohlstand der Wirtschaftswundergeneration übernommen hat.

Wirklich Superreiche gibt es bislang kaum im Osten – ganz anders als im Osteuropa der Oligarchen. Wer sich zwischen Oder und Elbe auf die Suche nach Superreichen macht, wird dort höchstens einige Familien finden, die aus dem Westen stammen. Von den 500 reichsten Deutschen aus der Liste des „Manager Magazins“ leben nur sechs in den neuen Ländern, ein weiteres halbes Dutzend hat Firmenhauptquartiere in Ost-Berlin wie die Samwer-Brüder, deren Unternehmen Rocket Internet nahe dem Oranienburger Tor sitzt. Die ganz Reichen in den Ost-Bundesländern sind aber fast alles Zugezogene wie die Verlegerin Friede Springer, die in Potsdam lebt.

„Eine richtig reiche Oberschicht so wie im Westen gibt es im Osten nicht“, sagt Joachim Ragnitz, Leiter der Dresdner Filiale des ifo-Instituts. Es gibt wohl einige Städte und Regionen mit einer höheren Zahl von Wohlhabenden – Potsdam, Meißen, Dresden-Radebeul oder Markkleeberg südlich von Leipzig. Aus den Zahlen des sächsischen Finanzministeriums geht hervor, dass es knapp über hundert Einkommensmillionäre im Freistaat gibt. „Aber die Millionäre dort sind wohl überwiegend aus dem Westen Zugezogene“, sagt Ragnitz.

Laut der UBS-Studie „Ultra Wealth Report“ gibt es in ganz Deutschland mehr als 19 000 Multimillionäre – davon dürften allerhöchstens ein paar hundert im Osten leben. Richtig reich werde man nur als Unternehmer, betont Ragnitz – aber unternehmerischer Wagemut habe „nicht gerade zu den Primärtugenden der DDR-Gesellschaft“ gezählt. Nach der Wende machten einige Ostdeutsche ihr Glück als Bauunternehmer. Der Bauboom brachte manchem ein schnelles Millionenvermögen. Andere verdienten sich in den neunziger Jahren mit geschickter Grundstücksspekulation eine goldene Nase, aber das waren Ausnahmen. Mitte der neunziger Jahre endete der Bauboom, und es folgte ein langes Siechtum – viele Unternehmer gingen in die Insolvenz. „Zu nennen sind aber auch die Besitzer der großen Agrarbetriebe, die aus der Privatisierung der LPGs hervorgingen. Das sind viele ‚rote Barone‘, ehemalige LPG-Chefs, die heute ein Millionenvermögen haben“, sagt Grabka.

Nur wenige ostdeutsche Unternehmen haben sich als gesamtdeutsche Marken etabliert, am ehesten noch die Rotkäppchen-Sektkellerei. Die gehört inzwischen aber der westdeutschen Eckes-Chantré-Getränkedynastie. Andere, etwa das Backpulver-Unternehmen Kathi der Familie Thiele in Halle – „die Dr. Oetkers des Ostens“, wie Ragnitz sagt –, sind im Osten bekannt, aber deutschlandweit nicht. Die Thieles bekamen den 1972 enteigneten Familienbetrieb nach der Wende von der Treuhand zurück. Heute zählt die Eigentümerfamilie in der Region wohl zu den Reichsten. Verglichen mit den Oetkers sind sie aber kleine Fische.

▶ DDR-MILLIONÄRE

In der DDR gab es keine Millionäre – offiziell. Zu den reichsten DDR-Bürgern zählte der Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, der sich durch Honorare beim

Foto dpa

Freikaufmillionär: W. Vogel

Flüchtlingsfreikauf eine goldene Nase verdiente, sowie der umtriebige Physiker und Institutsleiter Manfred von Ardenne. Ansonsten gab es unter

Foto Imago

Physikmillionär: M.v. Ardenne

Künstlern und SED-Funktionären Millionäre. Die Kontoumstellung zur Währungsreform im Juli 1990 förderte einige Millionenbeträge zutage, Gerüchten zufolge ganze vierzig.

MEHR ALS OST UND WEST

Joachim Gauck ist ein sehr beliebter Bundespräsident. Doch ausgerechnet aus seiner Heimat schlägt ihm Skepsis entgegen. Warum?

Von Eckart Lohse und Matthias Wyssuwa

Damals und heute: *Joachim Gauck als Bundespräsident...*

Er steht in der Kirche, als könne er nicht anders. Rücken gerade, Kopf hoch. Das Mikrofon steht vor ihm, seine Predigt hält er auf weißem Papier in der Hand. Um ihn herum stehen und sitzen Menschen dicht beieinander. Es ist der Herbst 1989. Die DDR zerfällt. Und in der Rostocker Marienkirche steht Joachim Gauck, der Pfarrer. Es ist eines der berühmtesten Bilder von ihm. Im Anschluss an die Friedensandacht werden die Menschen auf die Straßen ziehen und demonstrieren. Wenige Monate später wird es den Staat nicht mehr geben. Fünfundzwanzig Jahre später ist der Prediger Bundespräsident. „Es gibt viele Menschen, deren Augen feucht werden, wenn sie den Namen hören, weil sie sich an die Andachten erinnern oder weil sie in seiner Gemeinde waren“, sagt Pastor Tilman Jeremias, der heute jeden Sonntag in der Marienkirche predigt. „Ich glaube aber auch, dass Gauck nirgendwo so umstritten ist wie hier in Rostock.“

Gauck ist als Bundespräsident in ganz Deutschland sehr beliebt, und doch, so legen es auch Umfragen nahe, schlägt ihm gerade in seiner Heimat, in Rostock, im Osten, immer wieder Skepsis entgegen.

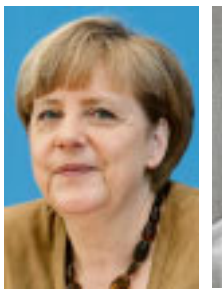
In Rostock fing alles an. Hier ist Gauck aufgewachsen, hier hat er studiert, hier wurde er 1971 Pastor. Er zog nach Evershagen, in einen Stadtteil, der damals aus dem Matsch wuchs, Plattenbau neben Plattenbau neben Plattenbau. Eine Gemeinde gab es nicht. In seinen Erinnerungen schreibt Gauck: „Es war die Entsendung in ein Missionsland.“ Er zog von Tür zu Tür und fand ein paar Christen, es war eine schwierige Arbeit. Die Gemeinde wuchs, Gauck übernahm andere Aufgaben und wurde bald auch über die Grenzen von Evershagen bekannt. Als schließlich schon andere angefangen hatten, Friedensandachten zu halten, und immer mehr Menschen kamen, wurde Gauck gebeten, in der Marienkirche zu predigen. Er hatte einen Ruf als großer Redner. Also stellte sich Gauck vor das Mikrofon, gerader Rücken, Kopf hoch.

Bodo Ramelow Fotos dpa, Christian Thiel

Pastor Jeremias führt durch die Kirche, ein Backsteinbau am großen Markt. Es ist heller als einst, durch die hohen Fenster fällt Licht auf die weiß getünchten Wände. Jeremias ist 1993 aus dem Westen gekommen, den Namen Gauck kannte er damals nur aus den Zeitungen: Gauck-Behörde. Jeremias ist ein freundlicher Mann mit garfunkelhaftem Haarwuchs und breitem Lächeln. Gauck sei für ihn der richtige Mann zur richtigen Zeit, sagt er. „Er hat dem Amt die Würde zurückgegeben.“ Doch Jeremias kennt auch die Kritiker: Pastoren, die auf Gaucks Aussagen zu Militäreinsätzen mit einem empörten Brief reagierten („Wir dürfen in der Kirche ruhig lauter Pazifisten sein“); alte Bürgerrechtler, die sich daran stören, dass Gauck nun von vielen als der Bürgerrechtler gesehen werde („Er ist auf den Zug mit aufgesprungen und nicht der Begründer gewesen“); die alten Genossen, denen er mit der Arbeit in der Stasi-Unterlagenbehörde auf den Schlips getreten sei („Die sind natürlich von ihm brüskiert worden“); Rostocker, die sich an seiner eitlen Art störten; Verlierer der Einheit, die er manchmal vor den Kopf stoße; Ostdeutsche, die lieber von der Couch aus klagten und lieber ihren Frieden hätten, als sich von ihm fordern zu lassen. Besucht Gauck seine Heimatstadt, ist ein Grüppchen Protestler nicht weit.

Es ist ein hübscher Winkelzug der Geschichte, dass ausgerechnet zwei ostdeutsche Politiker an der Spitze des Staates stehen: Joachim Gauck und Angela Merkel, die Kanzlerin. Auch Merkel war Gauck nicht geheuer – 2010 verhinderte sie noch erfolgreich Gaucks Weg an die Spitze. Später mag sie das bereut haben und musste dafür büßen, als die FDP ihr in den Rücken fiel und damit Gauck im zweiten Anlauf 2012 ins Schloss Bellevue brachte. Merkel kannte Gauck gut genug, um zu wissen, dass Anpassung nicht eben seine Lieblingsdisziplin ist. Doch sollte sie gefürchtet haben, dass ihr seine gelegentlich etwas überbetonte Liebe zur Freiheit zum Problem werden könnte, so kann sie längst beruhigt sein. Von manchen Einstellungen aus der Zeit, als er im linksprotestantischen Milieu der DDR unterwegs war, hat er sich getrennt. Die Reise ins autoritär geführte Russland des Präsidenten Putin sagte er ab, die in die Vereinigten Staaten tritt er an. Nicht alle in seiner Heimat werden das verstehen.

Werner Schulz hingegen schon. Er kennt Gauck lange, im Neuen Forum begegnete er ihm Ende 1989. „Er war eine beeindruckende Persönlichkeit“, sagt Schulz. Später teilten sie sich als Abgeordnete der Volkskammer ein Büro im ehemaligen Zentralkomitee, sie arbeiteten Tag und Nacht, bis es die Volkskammer nicht mehr gab. Während Gauck dann im wiedervereinigten Deutschland die Stasi-Unterlagenbehörde führte, erkämpfte sich Schulz eine Karriere bei den Grünen. Er gehört zu den wenigen Bürgerrechtlern, die sich im wiedervereinigten Deutschland politisch durchsetzen konnten. Bis heute sind Gauck und er enge Freunde. Bei einem Tee sitzt Schulz in einem alten Pfarrhaus in der Uckermark, das er aufwendig restauriert hat.



Angela Merkel Fotos Lüdecke, Darchinger

Schulz ist stolz auf diesen Bundespräsidenten. „Er hat dieses Amt wiederaufgerichtet“, sagt er. Dass die Begeisterung für ihn aber ausgerechnet im Osten etwas geringer ist als im Westen, hat für ihn, grob gesagt, zwei Gründe: Linke und ostdeutsche Befindlichkeiten.

Schulz hält nicht viel von der Linkspartei, oder PDS, wie er meist sagt. Eines aber hat die Partei in seinen Augen geschafft: „Der PDS ist es gelungen, Gauck zu diffamieren.“ Als Gauck die Stasi-Unterlagenbehörde geführt habe, sei der Eindruck erweckt worden, als ob Gauck mit den „Gauck-Akten“ in seiner „Gauck-Behörde“ nun alle „gaucke“. Dabei sei niemand „gegauckt“ worden, und Gauck-Akten gab es nicht, sondern nur schlicht Stasi-Akten. Doch manche hätten es so empfunden, als ob sie von Gauck bedroht worden seien.

Wolfgang Schäuble

Fotos CommonLens, Sven Simon

Katrin Göring-Eckardt

Fotos dpa, F.A.Z. Bildarchiv

25 JAHRE EINHEIT

Dabei sei er nie Richter gewesen. Und dann kommen die ostdeutschen Befindlichkeiten dazu. „Nach 89 gab es die Unwilligkeit des Sichinfragestellens bei den Ostdeutschen“, sagt Schulz. „Was hab ich dazu beigetragen? Wie hab ich mich verhalten? Diese Fragen sind von Joachim Gauck aufgeworfen worden. Das hat man ihm auch übelgenommen.“

Gauck war kein Widerstandskämpfer, er hat das auch nicht von sich behauptet. Er war aber ein nicht angepasster Pfarrer, der sich manche Freiheiten herausnahm. Als die Wiedervereinigung kam, ging Gauck wieder seinen Weg. Er war schon 50 Jahre alt, viel älter als Merkel. Andere in der Altersgruppe sahen ihr Lebenswerk zerstört.

Ramelows Geschichte ist ebenfalls erstaunlich. Aus dem Westen kam er nach der Wende in den Osten, um als Gewerkschafter für die Rechte der Arbeiter zu kämpfen. 25 Jahre später ist er in Thüringen der erste Ministerpräsident der Linkspartei. Er hat dabei viel gelernt über den Osten und die Ostdeutschen. Nun sitzt Ramelow in seinem Büro und sagt: „Ich finde die Wortwahl zu Dunkeldeutschland unangenehm.“ Auch wenn Ostdeutschland da sprachlich nicht drin sei, so sei es doch gemeint. Er wolle nichts schönreden, es gebe auch Probleme. Aber so entwerte man die „tausendfache Arbeit und die tausendfache Mühe“ von Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die hart an einer Willkommens-

. . . und als Abgeordneter der Volkskammer Fotos Daniel Pilar/dpa

Er schaffte es, noch einmal anzufangen, seine Vergangenheit dabei als festen Bestandteil seines Lebens einzubeziehen, aber trotzdem vor allem das Gute und die Chancen im neuen Leben in einer freiheitlichen Demokratie zu sehen. Gerade das stört viele Landsleute in Ostdeutschland. Seiner Meinung nach sind das die Leute, die zu viel klagen und zu wenig erkennen. Als er kürzlich, im Zusammenhang mit Ausschreitungen gegen Flüchtlinge, von „Dunkeldeutschland“ sprach, mag er tatsächlich nicht die neuen Länder gemeint haben, auf die der Begriff gelegentlich gemünzt wird. Aber vielleicht hat Sigmund Freud ihm doch die Lippen geführt. So oder so: Für Empörung hat es gesorgt. Zum Beispiel bei Bodo Ramelow.

kultur und Weltoffenheit gearbeitet hätten. Ramelow sagt auch: „Das ist für mich leider keine glückliche Amtsführung, als ob man sich irgendwie Westdeutschland anheischig machen wollte.“ So etwas ist im Osten ein schwerer Vorwurf.

Stets war die Linkspartei gegen Gauck. Kurz vor Ramelows Wahl zum Ministerpräsidenten zahlte es Gauck ihr heim. Er fragte: „Ist die Partei, die da den Ministerpräsidenten stellen wird, tatsächlich schon so weit weg von den Vorstellungen, die die SED einst hatte bei der Unterdrückung der Menschen hier, dass wir ihr voll vertrauen können?“ Es gebe Teile in der Linkspartei, die ihn wie viele andere davon abhielten, dieses Vertrauen zu entwickeln. Dafür gab es Kritik nicht nur aus dem Osten.

Werner Schulz Fotos Matthias Lüdecke, dpa

Goethe *für Weimar* Foto Bayerische Staatsgemäldesammlungen

ZU LUDWIGS FÜSSEN

Wie vielleicht niemand sonst kann Nike Wagner, die Intendantin des Beethovenfests, erzählen, warum Bonn nicht Weimar ist.

Von Andreas Rossmann

Beethoven *für Bonn* Foto Interfoto

Die alte, die lange provisorische, die inzwischen ehemalige Hauptstadt ist für sie Neuland. In Bonn war sie nie gewesen. „Der westliche Streifen unserer Republik war mir fremd“, sagt Nike Wagner, die, geboren 1945, in der Villa Wahnfried in Bayreuth aufgewachsen ist, in München, Berlin und den Vereinigten Staaten studiert, dort promoviert und auch gelehrt und – „nach mehreren Städte- und Länderwechseln“ – seit 1986 in Wien gelebt hat. Dabei mangelt es ihr nicht an emotionaler Westbindung, im Gegenteil: „Man ging gleich nach Frankreich.“ Auch an frühen Kontakten fehlt es nicht, die sind in guter Erinnerung: „Ab und zu traten bei den Bayreuther Festspielen höchst vergnügliche Künstler auf – die waren dann immer aus dem Rheinland.“ Das Bild von Bonn, das sich davor schob, war ein anderes, mächtigeres: „Die alte Hauptstadt bleibt für mich verbunden mit Schwarzweißfernsehen, dem Furchengesicht Adenauers, dem CDU-Zeremoniell.“

Von Weimar, wo sie von 2004 bis 2013 das Kunstfest leitete, nach Bonn, wo sie 2014 die Intendanz des Beethovenfests übernahm, das erlebt Nike Wagner nicht so sehr als Aufstieg oder – wie die Etats von 1,4 und 4,9 Millionen Euro nahelegen – als Quantensprung, sondern als Kontrastprogramm. Was unterscheidet die beiden Städte kulturell? „So ungefähr alles!“, bricht die Antwort aus ihr heraus, um sich dann in einer bestechend knappen, bei den jeweiligen Titanen nicht stehenbleibenden Analyse auszutarieren: „Weimar bleibt Mythos und Inbegriff der schönsten künstlerischen Menschheitsentwürfe. Neben dem Dichter als Fürsten und dem Historiker als Dramatiker, neben der Klassik der Formen und dem universellen Humanitätsgedanken hat es auch noch den Avantgardismus, nimmt man Franz Liszt im neunzehnten Jahrhundert und das Bauhaus im zwanzigsten Jahrhundert hinzu. Dieses ideelle Erbe hat Bonn nicht. Bonn hat, strikt kulturell gesehen, das Geburtshaus Beethovens und das Sterbehaus Schumanns und verwaltet im Übrigen das Erbe seiner Hauptstadtzeit – dazu gehören wichtige Bauten der Nachkriegsmoderne und die noch vor dem Umzug der Regierung ‚geschenkte‘ Museumsmeile. Bedeutend auch die Universität – gegründet 1818. Entsprechend verlaufen die prinzipiellen Identifikationsmuster der beiden Städte: Die eine definierte sich immer über Kunst, die andere zuerst über die Wissenschaften – seit 1949 aber vorrangig über die Politik.“

Doch die Präsenz der Politik lässt nach und verblasst. Sechs der vierzehn Ministerien haben ihren ersten Dienstsitz am Rhein, in Bonn arbeiten – Stand: Ende Juni – nur noch 6855, in Berlin 11 202 Bundesbeschäftigte. Bonn vollzieht einen Strukturwandel, und Nike Wagner sieht darin vor allem eine Chance: „Die Stadt hat sich enorm verändert, und sicher hat der Verlust des politischen Status – neben einigen Traumata – auch frischen Wind gebracht. Jede Identitätskrise zwingt zu neuem Aufstellen. Dazu kommen die vielen UN-Sekretariate, die weiterhin Internationalität hereinbringen. Bonn ist eine florierende Kongressstadt.“

Auch für die Intendantin ist der wirtschaftliche der wichtigste Unterschied zwischen beiden Städten: „In Bonn ist Power: Zwei große Dax-Unternehmen, Deutsche Telekom und Deutsche Post, residieren hier, es gibt einen gesunden, selbstbewussten Mittelstand und eine hohe Bevölkerungsdichte. Gute Voraussetzungen für ein Festival, das sein künstlerisches Programm frei finanzieren muss und im Land nur eine ‚Schirmherrin‘ hat und keine reguläre Förderung.“

Über die Aufnahme, die sie in Bonn erfahren hat, gerät Nike Wagner regelrecht ins Schwärmen: „Hier anzukommen ist sehr leicht und sehr angenehm. Zumindest, wenn man ‚hereingewählt‘ wird für eine Spitzenposition. Das Klischee vom zugänglichen, plauder- und trinkfreudigen Rheinländer stimmt einfach und macht froh. Dann sortiert sich das, und ein gewaltiges Vereinswesen erscheint – mit erheblichen lobbyistischen Zügen.“ Gab es Überraschungen? „Ja, die paradiesische Freundlichkeit auf allen Ebenen! Depressionen, Wut und Existenzkrisen – das scheint es hier alles nicht zu geben.“

Und Enttäuschungen? „Die Kehrseiten der Demokratie: Meinungsäußerungen werden allzu leicht mit Sachverstand verwechselt.“

Mit der Aufgabe in Bonn nimmt Nike Wagner, fern von Bayreuth, auch eine Familientradition wieder auf. Denn es war ihr Urgroßvater, der Komponist Franz Liszt, der das Beethovenfest 1845, zum fünfundsiebzigsten Geburtstag des Komponisten, erfunden hat: „Während Beethoven innerlich Bonn immer verbunden blieb, er bedurfte im fernen Wien seiner Freunde und seiner Verwandten, hat Bonn seine Beziehung zu Beethoven eher lässig behandelt. Franz Liszt musste die Bonner zu einer ersten Beethovenfeier zwingen. Er begründete auch die Beethovenfeste, die danach einen sehr wechselvollen Verlauf nahmen, mal abgeschafft wurden, mal wiederaufgenommen.“ Erst acht Jahre nach dem Hauptstadtbeschluss fand die Stadt, die 1993 den Zuschuss für das Festival ganz gestrichen hatte, zum jährlichen Rhythmus zurück: „Es bedurfte bürgerlicher ‚Beethoven-Marathons‘, bis die Stadt bereit war, ab 1999 regelmäßige Beethovenfeste mitzufinanzieren. Auch das Beethovenhaus hat inzwischen Aufwertungen zu verzeichnen, neben dem Archiv gibt es den entzückenden Kammermusiksaal, gestiftet 1989 von Hermann-Josef Abs.“

Am 4. Oktober klingt das erste Beethovenfest aus, das Nike Wagner inhaltlich verantwortet. „Veränderungen“ ist es überschrieben und spartenübergreifend konzipiert, zeitgenössischer, offener, innovativer als in den Vorjahren. Die Intendantin, die ihr Büro im Funkhaus der Deutschen Welle hat, ist in der Stadt angekommen: „Bonn ist weder zu klein noch zu groß. Das ist angenehm und kommunikativ. Man kommt herum, und es gibt doch ständig etwas zu entdecken. In der Innenstadt ist viel Jugend, Vater Rhein fließt majestätisch daher, und an manchen Tagen reicht der Blick bis zum Kölner Dom. Wie Beethoven vermisse ich bloß ‚meine Welt‘, meine Freunde, die Familie.“

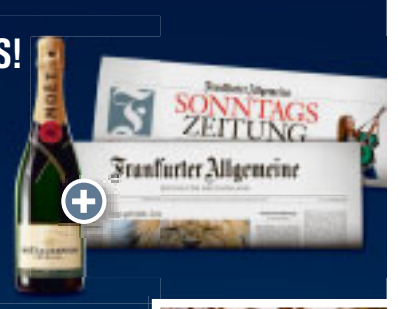
Nur einen Wunsch hat sich Nike Wagner noch nicht erfüllen können: „Eine ganz normale Rheinfahrt, mit der MS Beethoven, ich komme einfach nicht dazu.“ Und ihr Lieblingsort in Bonn? Einen Moment zögert sie, dann setzt sich die Autorität des Urgroßvaters, der es mitinitiiert hat, durch: „Vielleicht doch: zu Füßen des Beethovendenkmals!“

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

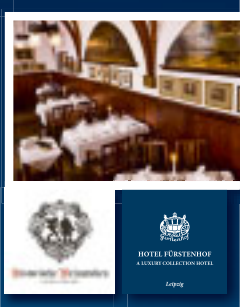
25 Jahre Wiedervereinigung,
25 Mal prickelnde Momente!

2 Wochen gratis F.A.Z. und F.A.S!

Schnell sein lohnt sich!
Die ersten 25 Testleser erhalten eine Flasche Moët & Chandon.



Gewinnspiel:
Unter allen Teilnehmern bis zum 3.10.15 verlosen wir eine Wochenendreise für 2 Personen nach Leipzig. Genießen Sie ein 3-Gang-Menü im legendären Auerbachs Keller, weltbekannt durch Goethes Faust I, inklusive einer Übernachtung mit Frühstück im luxuriösen 5-Sterne-Hotel Fürstenhof, Leipzig.
Infos und Teilnahmebedingungen unter www.faz.net/25



Einfach online Frage beantworten:
Welche Leipziger Kirche gilt als Symbol des Widerstands gegen die DDR-Staatsmacht?

Jetzt teilnehmen: www.faz.net/25

Mit uns feiert Deutschland
jeden Tag Wiedervereinigung
Feiern Sie mit uns 25 Jahre deutsche Einheit: Wir schenken Ihnen eins von 25 Jahrestickets für den Postbus. Fahren Sie damit ein Jahr sooft Sie wollen zu Ihren Freunden, Liebsten und Verwandten in Ost und West.
Jetzt mitmachen und gewinnen unter www.postbus.de/wiedervereinigung
TICKETS
ab 5€
Postbus
Der Bus für Deutschland
Postbus
Der Bus für Deutschland
www.postbus.de

Hoffnung Ost: *RB Leipzig feiert im April 2015 den Aufstieg in die zweite Liga.* Foto Imago

DER STÖRENFRIED

Die Bundesliga blühte nur im Westen, die Ostklubs rutschten in die Drittklassigkeit. Nun ist Leipzig auf dem Weg ganz nach oben – dank Red Bull, der Speerspitze der Kommerzialisierung. *Von Michael Horeni*

Die Mauer war gerade 48 Stunden offen, als Reiner Calmund in Ost-Berlin ankam. Der Manager von Bayer Leverkusen wollte sich so schnell wie möglich ein Bild von den Zuständen in der DDR machen. Und er witterte eine Chance. Schon für das Länderspiel zwischen Österreich und der DDR am 15. November 1989 plante Calmund in Wien die ersten Kontakte zu den besten Spielern aus dem Osten. Den Chefscout seines Klubs ließ er mit einer Fotografenakkreditierung in das Innere des Stadions einschleusen. Alles lief wie am Schnürchen, der Ausverkauf des DDR-Fußballs begann.

Am Tag nach dem Spiel traf sich Calmund schon mit Andreas Thom, und am folgenden Wochenende waren die Verträge, trotz großer Konkurrenz aus der Bundesliga, mit Matthias Sammer, Ulf Kirsten und Thom unter Dach und Fach. Zehn Tage zuvor hatte die Mauer noch gestanden. Aber dann schaltete sich Helmut Kohl ein. Der Kanzler machte nach seiner Rede in Dresden dem Vorstand der Bayer AG unmissverständlich klar, dass es nicht gut sei, wenn sich ein Weltkonzern die besten Spieler aus der DDR für ein paar Millionen ganz allein unter den Nagel reiße. Bayer wagte nicht, sich dem Kanzler zu widersetzen. Der Konzern ließ Sammer nach Stuttgart ziehen.

Trotz der Intervention des Kanzlers ist 25 Jahre nach der Wiedervereinigung die berühmte Angleichung der Lebensverhältnisse wohl nirgendwo so leicht erkennbar schiefgelaufen wie beim Lieblingssport der Deutschen. Es wirkt wie die Ironie der Fußballgeschichte, dass die Speerspitze der Kommerzialisierung des Fußballs, RB Leipzig und Red Bull, zur großen Fußball-Hoffnung im Osten wurde, wo einst die Marktöffnung eine ganze Sportart abstürzen ließ. Die Anhänger von RB Leipzig träumen dank des Investments des österreichischen Unternehmens von der Bundesliga, sogar von Meisterschaft und Champions League – während nicht zuletzt im Westen die Fans wegen des Engagements von Red Bull den Untergang des Fußballs beschwören. In Wirklichkeit ist der Fußball nur im Osten untergegangen.

Red Bull hat mit seinem künstlichen Klub eine neue Zeitrechnung im deutschen Profifußball eingeläutet. Auch wenn der Fußball als dynamische Branche angesehen wird, erst durch den Einstieg des Brauseherstellers ist der Markt in Bewegung geraten. Denn seit der Wiedervereinigung hat sich bis zum Aufstieg von RB Leipzig die Fußballlandschaft kaum verändert. Sie blüht nur im Westen. Und im Kern sind im Profifußball diejenigen unter sich geblieben, die schon 1990 da waren. Von den achtzehn westdeutschen Klubs aus der Saison nach der Wiedervereinigung spielen zehn weiterhin in der ersten und sechs in der zweiten Liga: eine geschlossene Gesellschaft. Nachdem sich auch tapfere, strukturell jedoch hoffnungslos unterlegene Ostklubs wie Hansa Rostock und Energie Cottbus nach jahrelangen Kraftakten nicht mehr in der Bundesliga halten konnten – und bald auch nicht mehr in der zweiten Klasse –, sieht man von der Ostsee bis zum Erzgebirge die Bundesliga nur noch im Fernsehen. Seit sechs Jahren schon.

Red Bull hat 2009 mit seinem Einstieg eine Aufbauhilfe Ost hingeklotzt, wie sie zuvor weder der Deutsche Fußball-Bund noch irgendein Sponsor hinbekommen haben. Allerdings funktioniert der Red-Bull-Klub nach ganz eigenen Regeln. Zunächst übernahm das Unternehmen das Oberliga-Startrecht des bedeutungslosen SSV Markranstädt, gab seiner Schöpfung dann den holprigen Namen RasenBall Leipzig, weil es in Deutschland verboten ist, einen Fußballverein wie eine Firma zu nennen, außer man heißt Bayer Leverkusen und hat die Tradition im Rücken. RB Leipzig musste aber aus Marketinggründen RB Leipzig heißen – und das Emblem des Klubs sieht dem Markenlogo zum Verwechseln ähnlich. Red Bull hat mittlerweile mehrere hundert Millionen Euro in sein Projekt gesteckt. Der Klub gehört nach seinen Aufstiegen aus der fünften Klasse mittlerweile zur Spitzengruppe der zweiten Liga. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass am Ende dieser Jubiläums-Wiedervereinigungssaison wieder ein Klub aus dem Osten in der Bundesliga mitspielen darf. „Man mag über den Verein denken, wie man will. Aber Red Bull hat dieser Region, was den Sport angeht, wieder Leben eingehaucht“, sagte Perry Bräutigam, der frühere DDR-Auswahltorhüter und aktuelle Torwarttrainer von RB Leipzig, schon kurz nach dem Aufstieg in die zweite Liga. „Leipzig wird das Aushängeschild des Ostens.“ Seit der Klub der Bundesliga immer näher kommt, steigert sich der bundesweite Protest in den Stadien gegen den Störenfried aus dem Osten. Weil die Mitglieder bei RB Leipzig nicht mitbestimmen können und der Klub weit mehr Geld als die Konkurrenz in Spieler und Infrastruktur investiert, machen viele Fans am Konzernklub ihren Ärger über die Kommerzialisierung des Fußballs fest. Die Fans in Leipzig dagegen haben sich mit der Entwicklung längst arrangiert, sogar angefreundet.

Die Wunden, die der langjährige Niedergang hinterlassen hat, sind im Osten aber längst nicht verheilt. Auch nicht in Leipzig. Nach der Wende machten sich nach dem sportlichen Ausverkauf die Glücksritter aus dem Westen über die Klubs her, dann kamen vielerorts hausgemachte Fehler hinzu. Alle großen Vereine der einstigen DDR-Oberliga wurden deklassiert. Der frühere Europapokalsieger 1. FC Magdeburg, aus dem Jürgen Sparwasser hervorgegangen war, der bei der WM 1974 das 1:0-Siegtor gegen die Bundesrepublik erzielt hatte, spielt in der dritten Liga. Ebenso Dynamo Dresden, das ein halbes Jahr vor dem Mauerfall noch im Halbfinale des Uefa-Cups gestanden hatte. Erich Mielkes Lieblingsklub BFC Dynamo, einst DDR-Serienmeister, dümpelt in der vierten Liga vor sich hin. Die dritte Liga, die unterste Profiklasse in Deutschland, ist mittlerweile zu einem Auffangbecken für DDR-Oberliga-Romantiker geworden. Dort tummeln sich neben Dresden und Magdeburg auch noch Erzgebirge Aue, Chemnitzer FC, Hansa Rostock, Rot-Weiß Erfurt, Energie Cottbus und Hallescher FC – ihre Gegner sind die zweiten Mannschaften westdeutscher Bundesligaklubs.

Aber wohl nirgendwo außer in Dresden wurde der Fußballabsturz härter empfunden als in Leipzig, dem Gründungsort des DFB und stets einer der bedeutendsten Fußball-Standorte des Landes. Nach vielen Irrungen, Wirrungen und Umbenennungen spielt Lok Leipzig heute in der fünften Liga, Chemie Leipzig in der sechsten, und Sachsen Leipzig musste den Spielbetrieb einstellen. Erst Red Bull hat die Zukunft in die Traditionsstadt des deutschen Fußballs zurückgebracht.

Die Zuschauer in Leipzig, hungrig nach Erstklassigkeit und nach friedlichen Stadionbesuchen nach Jahren der Gewalt, strömen wieder zum Fußball. So, wie man das in Leipzig seit hundert Jahren kennt. 1922 entstand dort das erste Großstadion in Deutschland, in das mehr als 40 000 Zuschauer passten. In DDR-Zeiten war das Zentralstadion sogar das größte Stadion, das überhaupt jemals in Deutschland errichtet wurde. Und zum Leipziger Derby zwischen Rotation Leipzig und Lok Leipzig kamen 1956 rund 100 000 Zuschauer, bis heute ein deutscher Rekord. In die Red-Bull-Arena passen nur noch 44 000 Zuschauer. Da könnte es angesichts der großen Pläne des Klubs schon bald zu eng werden. Aber auch dieses Problem dürfte sich lösen lassen: RB Leipzig denkt schon über einen Neubau nach.

Brückenstadt in der Mitte Deutschlands: *Im Abendlicht zeigt sich die kleine Metropole am Main mit der unverkennbaren Silhouette von ihrer schönsten Seite.* Foto Helmut Fricke

FRANKFURT GEWINNT IN JEDEM FALL

Mit der Wiedervereinigung vor 25 Jahren begann eine neue Zeit. Die Stadt hat von ihr genauso profitiert wie zuvor von der Teilung.

Von Manfred Köhler

Einen Tag lang Hauptstadt der Deutschen: Am 3. Oktober hat Frankfurt seinen großen Auftritt. Der 25. Jahrestag der Wiedervereinigung wird in der Metropole am Main gefeiert, sogar drei Tage lang. Mit Bundespräsident und Bürgern, mit Festakt und einem großen Fest für alle. Es ist eine kleine Genugtuung für eine Stadt, die 1949 einmal fast wirklich Hauptstadt geworden wäre, jedenfalls Westdeutschlands, dann jedoch knapp gegen Bonn verlor. Für die Feier des besonderen Jubiläums ist sie aber auch deshalb der richtige Ort, weil sich hier die Geschichte der deutschen Teilung wie auch der Wiedervereinigung auf spezielle Art spiegelt. Denn Frankfurt hat von beidem profitiert, in jeweils eigener Weise. Die Großstadt am Main: eine Großstadt für alle Lebenslagen der Nation.

Frankfurt, das muss man sich in Erinnerung rufen, wäre heute nicht der Finanzplatz schlechthin in Deutschland, hätte es die deutsche Teilung nicht gegeben. Auch wenn am Main schon seit Jahrhunderten mit den Bethmanns, den Metzlers und den Rothschilds namhafte Privatbanken beheimatet waren – die neuen, kapitalstarken Großbanken hatten im Kaiserreich ihren Sitz in Berlin genommen. An der Behrenstraße fanden sie sich alle: die Berliner Handels-Gesellschaft, die Dresdner Bank, die Commerz- und Privatbank und, um die Ecke, die Deutsche Bank.

Alles Vergangenheit. Das Erbe Berlins als wichtigster Finanzplatz Deutschlands hat schon lange Frankfurt angetreten. Denn nach 1945 war die einstige Reichshauptstadt dafür denkbar ungeeignet. Die Behrenstraße sowieso, sie lag im sowjetisch besetzten Teil der Stadt, doch auch im Westen wären die Kreditinstitute abgetrennt gewesen von ihren Märkten in den westlichen Besatzungszonen, aus denen die Bundesrepublik wurde.

Dass es eine Alternative zu Berlin geben müsste, war also früh klar, doch galt keineswegs als ausgemacht, dass die Wahl auf Frankfurt fiele. Hamburg war gut im Rennen, auch Düsseldorf. Dass es anders kam, haben die Frankfurter den Amerikanern zu verdanken, die hier ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten und engagiert dafür kämpften, dass 1948 die neue Bank deutscher Länder ihren Sitz am Main nahm – jenes Institut, das im selben Jahr die Währungsreform verwirklichen und aus dem 1957 die Bundesbank hervorgehen sollte. Auch die 1948 gegründete Kreditanstalt für Wiederaufbau entstand hier. Als sich die nach dem Krieg von den Alliierten zunächst zerschlagenen Großbanken 1957 reorganisierten, lief es dann wie selbstverständlich auf Zentralen in Frankfurt hinaus. Nur die Commerzbank behielt bis 1990 ihren juristischen Sitz in Düsseldorf.

Die Entscheidung der Amerikaner für Frankfurt als Hauptquartier hatte auch für den Flughafen Folgen. Vor dem Krieg war Berlin-Tempelhof der wichtigste Flughafen gewesen, und dort hatte auch die Lufthansa das Drehkreuz ihres damals noch bescheidenen Linienverkehrs gehabt. Doch auch in dieser Hinsicht trat Frankfurt die Nachfolge an, und zwar wiederum vor allem, weil es die Amerikaner wollten. Sie brauchten einen leistungsfähigen Flughafen am Main. Berlin half dabei sogar ungewollt, wurde Frankfurt doch 1948 zum wichtigsten Pfeiler der Luftbrücke im Westen, was dem Flughafen eine zweite Start-und-Lande-Bahn bescherte. Wie in der Finanzbranche gelang es Frankfurt auch in der Fliegerei später, sich gegen Hamburg und Düsseldorf zu behaupten, dank der Amerikaner und natürlich auch dank der zentralen Lage in der jungen Bundesrepublik. Heute ist der Frankfurter Flughafen mit Abstand das größte Drehkreuz Deutschlands.

Schließlich profitierte auch die Messe Frankfurt von der deutschen Teilung. Vor dem Krieg war Leipzig der wichtigste Messeplatz gewesen, der nun aber weitgehend ausfiel. Und wiederum gab es ein Rennen um die Nachfolge, in dem erst Hannover vorne lag. Nach und nach zog Frankfurt gleich; bis heute liefern sich beide Messegesellschaften einen Wettbewerb.

Banken, Flughafen, Messe: bei drei ihrer wichtigsten Branchen hat die Frankfurter Wirtschaft davon profitiert, dass Deutschland geteilt war. Frankfurt wäre nicht der wichtigste Wirtschaftsplatz Deutschlands, hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen. Daran hat auch die Wiedervereinigung nichts geändert. Weder zogen die Banken zurück nach Berlin, noch hat der Frankfurter Flughafen gelitten. Und die Leipziger Konkurrenz vermochte die Stellung der Frankfurter Messe nicht zu gefährden.

Tatsächlich wurden nach 1989 die Stärken Frankfurts weiter gestärkt. Nach der Wiedervereinigung hatte es die Sorge gegeben, die Bundesbank ziehe nach Berlin, doch dazu kam es nicht. Vielmehr trat der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl dafür ein, dass die neue Europäische Zentralbank an den Main kam, wofür ihn die Frankfurter 1999 zum Ehrenbürger kürten. Außerdem hat die Stadt von der Öffnung der Märkte Osteuropas profitiert. So hat sich die Zahl der Flugverbindungen mit den dortigen Städten seit 1991 verfünffacht. Auch die Kreditinstitute haben ihre Präsenz dort stark ausgebaut. Die Deutsche Bank etwa unterhält allein in Polen 170 Filialen für Privatkunden.

Nicht alles ging zugunsten Frankfurts aus. So hatte die Bundesbahn hier ihren Sitz, die Zentrale der Deutschen Bahn aber residiert in Berlin. Viele Verbände zogen dorthin. Der Bundesrechnungshof und andere Institutionen gingen in einem großen Behördenkarussell infolge des Berlin-Umzugs von Bundestag und Regierung an Bonn verloren. Und manchmal blicken die Frankfurter schon neidisch auf Berlin, vor allem auf die weitaus lebendigere Gründerszene.

Und doch muss sich die kleine Metropole am Main nicht verstecken. Hauptstadt Deutschlands ist sie nur für einen Tag. Eine der Hauptstädte Europas aber ist sie auf Dauer, dank der EZB, deren Neubau das neue Wahrzeichen der Stadt geworden ist. So erweist sich Frankfurt, das von der deutschen Teilung wie auch der Wiedervereinigung profitiert hat, neuerlich als Stadt für alle Lebenslagen – nun für das Zusammenwachsen Europas, das ausgerechnet in diesen Jahren der Krise schneller geschieht als jemals zuvor.

Das Programm zum Einheitsfest in Frankfurt ist im Internet unter der Adresse http://tag-der-deutschen-einheit.de/programmheft zu finden.

EIN HOCH AUF UNS

Seit Jahren treffen sich Ostdeutsche in Frankfurt und nennen das Ossi-Stammtisch. Ist das ihr Ernst? *Von Denise Peikert*

Darauf ein Mispelchen: *Calvados auf Hessisch* Foto Patricia Kühfuss

Doreen Steingrübner steht vorm Ebbelwei-Express und sortiert Absagen. Gestern sind schon ein paar Leute abgesprungen, und vor wenigen Minuten haben zwei geschrieben, dass sie leider verschlafen haben und es deshalb nicht schaffen. Eigentlich wollte der Frankfurter Ossi-Stammtisch an diesem Tag einen Ausflug mit dem Ebbelwei-Express machen, einer Kneipe auf Rädern. Ein schöner Beitrag zur Völkerverständigung wäre das geworden, aber das fällt jetzt aus, denn es ist niemand da. Außer Doreen Steingrübner natürlich. Sie hatte zu dem Treffen eingeladen.

Mal ehrlich, muss es 25 Jahre nach der Wiedervereinigung überhaupt noch einen Stammtisch nur für Ossis in Frankfurt geben? Doreen Steingrübner aus Magdeburg sagt: „Wenn man in eine neue Stadt kommt, sucht man halt Anschluss. Leute, die aus Köln oder Berlin zugezogen sind, haben auch ihre eigenen Treffen." So einfach könnte das sein, aber so einfach ist es nie mit der deutschen Teilung, auch nicht, wenn die nun schon ein Weilchen zurückliegt, und jedenfalls dann nicht, wenn man aus dem Osten in den Westen kommt.

Einige Wochen später, der Sommer hat das Gröbste hinter sich, ruft Steingrübner auf der Internetseite des Ossi-Stammtischs noch einmal zu einem Treffen auf. Diesmal wird's was. Im knirschenden Kies einer Bornheimer Apfelweinkneipe sitzt Heike Sievers aus Leipzig. „Den Leuten vom Ossi-Stammtisch muss man die Welt nicht erklären, man kann sofort privat werden. In Westdeutschland wissen die Menschen erstaunlich wenig über die DDR, machen aber dauernd Witze: So und so war das doch bei euch. Das nervt mich." Tatsächlich ist es seltsam, dieses anekdotenhafte Interesse an der DDR, an Bananen und Trabis, aber man könnte den Ostdeutschen vorwerfen, sie wollten das so: verkaufen ihre Ampelmännchen als Gummibärchen und hissen die Flagge eines untergegangenen Staates in ihren Kleingärten. Das aber zeigt höchstens Hilflosigkeit, und jeder Ossi, der bei Verstand ist, findet das peinlich.

So geht es auch Claudia Göpfert, die aus Leipzig stammt und am Ossi-Stammtisch in Bornheim sitzt. „Bevor ich das erste Mal dabei war, hatte ich Angst, dass das alles so Ewiggestrige sind. Ich dachte, bloß nicht so negative Jammer-Ossis. Das ist zum Glück überhaupt nicht so." Sie hat recht. Es gibt zwar auch regelmäßig Ossi-Treffen anderswo im Rhein-Main-Gebiet, zu denen Nudeln mit Jagdwurst und Soljanka aufgetischt und DDR-Führerscheine herumgereicht werden, beim Ossi-Stammtisch in Frankfurt aber werden eine zurückliegende Bahnhofsviertel-Nacht besprochen und die Sperrung des S-Bahn-Tunnels. Kurz und unaufgeregt geht es um den Soli und um die Nazis in Heidenau, dann werden Mispelchen für alle bestellt.

Heike Sievers erzählt von früher, aber nur weil sie dazu aufgefordert wird: „Als meine Tochter ein Jahr alt war, wollte ich in Schwalbach eine Tagesbetreuung organisieren, weil es nicht genug Kindergartenplätze gab. Man braucht für so etwas einige Unterschriften. Ich bekam nur drei und ansonsten die Ansage: ‚Du willst schon wieder arbeiten, obwohl dein Kind erst ein Jahr alt ist?' Ich musste dann zu Hause bleiben, drei Jahre lang." Ihre Tochter ist mittlerweile 13, und heute wäre das wahrscheinlich anders.

Über den Ossi-Stammtisch, den es seit mehr als zehn Jahren gibt, haben sich einige Paare kennengelernt, es gibt so ungefähr 15 Kinder und damit ein Nachwuchsproblem, denn junge Eltern haben weniger Zeit, sich einen Abend lang Apfelwein und Mispelchen zuzuwenden, deshalb werden die Treffen seltener. Guido Müller aus Dessau hat zwei der Ossi-Stammtisch-Kinder gezeugt. Er sagt: „Wir sind alle Frankfurter geworden mit der Zeit. Es ist doch auch absurd, zurückzuwollen und sein ganzes Leben zu hadern."

Foto: Frank Widmann

Kommen Sie vorbei!
25 Jahre Deutsche Einheit
Frankfurt, 2. bis 4. Oktober 2015

Freitag, 2. Oktober, 15:00 - 23:00 Uhr
buntes Bühnenprogramm von hr1 mit Live Musik
Samstag, 3. Oktober, 14:00 - 23:00 Uhr
„Künstler ohne Grenzen"
Sonntag, 4. Oktober, 11:00 - 18:00 Uhr
buntes Bühnenprogramm von hr3 mit Live Musik

Musik spielt die Hauptrolle auf der Hauptwache. Vom 2. bis 4. Oktober werden wir ein abwechslungsreiches Programm bieten. Gemeinsam stellen unsere Institutionen Batschkapp und Tigerpalast am 3. Oktober ein Programm aus Artistik, Jazz, Weltmusik, Pop, Rock und Techno zusammen, dargeboten von regionalen und internationalen „Künstlern ohne Grenzen". Am Freitag und Sonntag wird unser Medienpartner, der Hessische Rundfunk, ein abwechslungsreiches Bühnenprogramm organisieren. Frankfurt, das zeigt nicht nur das Musikprogramm, ist eine weltoffene und internationale Stadt mit großer kultureller Vielfalt.

Ihr Peter Feldmann

Stadt Frankfurt am Main

25 Jahre Deutsche Einheit Hessen 2.-4. Oktober 2015

Auf der Bahn: *Seit 14 Jahren fährt Tino Berger jede Woche weit nach Westen, um zur Arbeit zu kommen.* Foto Denise Peikert

HIN UND HER

Viele Ostdeutsche fahren zum Arbeiten westwärts. In Leipzig haben sie ein Häuschen, in Frankfurt eine Unterkunft.

Von Denise Peikert

Tino Berger fährt alle paar Tage von Frankfurt nach Leipzig, von Leipzig nach Frankfurt, seit 14 Jahren schon, er sollte also ein müder Mensch sein, abgekämpft vom Leben zwischen hier und dort, aber aus dem Autositz schält sich ein Mann bester Stimmung. Mit wippendem Schritt pickt er sich seine Mitfahrer heraus unter denen, die an der schäbigsten Ecke des Frankfurter Hauptbahnhofs darauf warten, aufgelesen zu werden. Er schüttelt Hände, schickt ein Lächeln seinem Interesse an der Geschichte eines jeden voraus und stellt das Navi ein – „falls wider Erwarten Stau sein sollte“.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung fahren noch immer viele Menschen aus dem Osten in den Westen. Zum Arbeiten. Manchmal sind die Wege kurz, aber die meisten, die ins Rhein-Main-Gebiet kommen, legen so viele Kilometer zurück, dass sie wochentags auswärts leben und nur wochenends zu Hause. Sie erzählen Geschichten vom einst geschlossenen Tagebau und der Hoffnung, die sie bis heute in der Heimat hält. Von dem Zeitungsartikel, neben dem sie selbst abgebildet waren und der Tachostand des Autos auch: 948 594 Kilometer. Oder sie sind wie Tino Berger, der sagt, sein Leben sei ein Privileg.

Als die beiden Teile Deutschlands wieder vereint wurden, war Berger 25 Jahre alt und froh, doch nicht Lehrer werden zu müssen. Er war gerade fertig mit dem Studium, nahm sich aber die neue Freiheit und fing noch einmal von vorn an, 1991 als Auszubildender der Dresdner Bank in seiner Heimat Leipzig. Dort gehört es zu jeder Karriere, irgendwann in die Zentrale nach Frankfurt zu kommen. Bei Tino Berger war es 2001 so weit. Drei Jahre sollte er am Main arbeiten, vierzehn Jahre später ist er immer noch da, inzwischen bei der Commerzbank, und es sieht nicht danach aus, als sollte sich das ändern.

Knapp 335 000 Menschen pendeln jeden Tag zum Arbeiten nach Frankfurt, in Deutschland legen etwa anderthalb Millionen Menschen mehr als 50 Kilometer zur Arbeit zurück. Ärzte sagen, das sei gesundheitsschädlich, Psychologen finden, es sei zu stressig für die Seele, und Soziologen meinen, es zerstöre Beziehungen. Für die Pendler aus dem Osten, die öfter längere Strecken zurücklegen, kommt dazu, dass sie zwar bleiben wollen, wo ihre Heimat ist, dort aber nicht gebraucht werden. Viele ziehen nicht um – stattdessen aber eine dicke Linie zwischen ihrer Arbeit und dem, was ihr Leben ausmacht.

Die Linie, die Sigmund Richter gezogen hat, ist so dick, dass er den Ort, an dem er unter der Woche in Darmstadt schläft, nicht einmal Wohnung nennt, sondern Unterkunft. Richter, der nicht bei seinem echten Namen genannt werden will, ist Installateur, zuletzt hat er an einem Studentenwohnheim mitgebaut. Seine Frau und er haben in der Nähe von Cottbus ein Haus, und wenn er gefragt wird, ob er in den vergangen dreieinhalb Jahren am Main wenigstens ein bisschen heimisch geworden ist, antwortet er „gar nicht“ und denkt dann eine Weile nach, bis er sagt: „Aber immerhin steige ich sonntagabends in Zivil ins Auto.“ Er kenne viele, für die die Arbeitswoche mit der Abfahrt im Osten beginne, denn sie zögen da schon den Blaumann an – und ihn erst einige Tage später am selben Ort wieder aus.

Menschen wie Sigmund Richter zahlen individuell dafür, das der Arbeitsmarkt insgesamt funktioniert. Durch das Pendeln „entspricht das Angebot an Arbeitskräften der regionalen Nachfrage“, schrieben 2013 die Forscher vom Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, das an der Goethe-Universität in Frankfurt angesiedelt ist. Dass die Regionen dabei so weit auseinanderliegen wie im Fall des Cottbuser Installateurs, ist eine Folge der Wiedervereinigung, und zwar eine, die Leute wie er ganz alleine aushalten. Sichtbar für alle anderen werden die Tausenden Pendlerleben nur auf den Autobahnen, die sonntags gen Westen voll sind und freitags gen Osten.

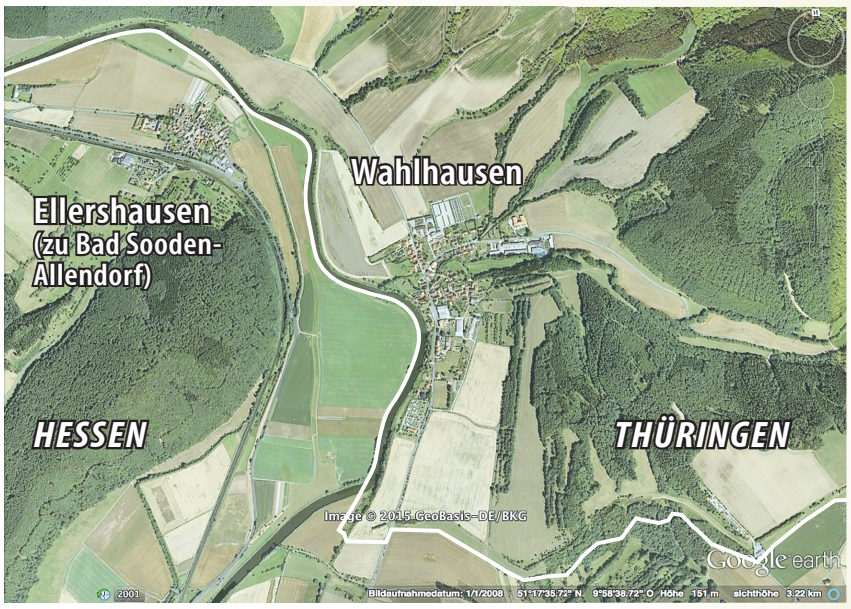
Schon am Donnerstagabend, wenn Banker Tino Berger nach Hause aufbricht, ist rund um das Gambacher Kreuz Stau, das Navigationsgerät hat dann nur einen Spruch drauf: „Achtung, Ihre Route wird aufgrund der aktuellen Verkehrslage geändert.“ Berger kann Donnerstag nach Leipzig fahren und muss erst Dienstagmorgen gegen acht wieder zurück. Freitag und Montag arbeitet er von zu Hause, mittwochs bleibt er sehr lange in der Bank. Er hat sich das erkämpft, mit Leistung und der Erkenntnis: „Du kannst so keine Karriere machen, aber wenigstens bist du bei der Familie.“ Ein Umzug kam für ihn nie in Frage, nicht, weil er besonders heimatverbunden ist, sondern weil er an Frankfurt zwar die Museen mag, aber nicht die Welt, in der er arbeitet: die gescheitelten Kollegen, die nur übers Arbeiten reden.

Installateur Sigmund Richter muss jetzt zwar immerhin nicht mehr bis nach Unterhaching fahren wie Anfang des Jahrtausends, nachdem sie den Tagebau geschlossen hatten, in dem er sein halbes Leben gearbeitet hatte. Aber er würde die Pendelei lieber heute als morgen beenden. Er liest die Jobangebote aus der Region Cottbus und stellt dann immer wieder fest, dass das Geld nicht reichen würde für das Leben, das er sich mit dem höheren Lohn aus dem Westen eingerichtet hat, für das Haus und irgendwann für das Erbe der Kinder. Er wird das also noch ein bisschen machen, das Hin und Her. So lange habe er ja nicht mehr bis zur Rente, nur noch sechs bis acht Winter, in denen auf den Baustellen schon um 16 Uhr Schluss ist und er nicht weiß, was er machen soll. Er läuft dann durch den Elektromarkt, guckt sich Fernseher an und Kameras, aber davon vergeht auch nur eine Stunde. „In solchen Momenten finde ich mein Leben leider nicht ganz leicht.“

Tino Berger freut sich auf das Abendessen mit seiner Familie, als er in Leipzig von der Autobahn fährt. Die jüngere der zwei Töchter hat eine Weile für die ganze Familie gekocht, wenn er heimkam. Es gab dann zwar immer Nudeln mit Tomatensoße. Aber die Soße war selbst gemacht.

25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

An den Grenzen rodete die DDR-Regierung Wald, wo es ihn gab. Mancherorts baute sie Grenzanlagen, andernorts ging es nur darum, Flüchtende besser entdecken zu können. Der Eingriff in die Natur ist bis heute an vielen Stellen sichtbar.



Zwischen Hessen und Thüringen müssen die Menschen noch heute Umwege fahren. Viele Straßen verlaufen parallel zur ehemaligen Grenze oder enden abrupt. Zwischen Wahlhausen und Ellershausen gibt es keine Verbindung, eine Brücke über die Werra steht erst in Bad Sooden-Allendorf: Dort verläuft der Fluss komplett in Hessen.

AN DER GRENZE

Die deutsche Teilung ist Hessen und Thüringen immer noch anzusehen.

Von Denise Peikert

Heiligabend 1995, direkt nach dem Gottesdienst, erfährt Ernst Roth, dass sie im Westen nicht mehr mitmachen. Sechs Jahre war es damals her, dass die Leute zwischen dem hessischen Örtchen Hitzelrode und Volkerode in Thüringen den Grenzzaun der DDR aufgeschnitten und einander versprochen hatten, von nun an jedes Jahr eine Winterwanderung zur Feier des Mauerfalls und der Einheit Deutschlands zu veranstalten. In einem Jahr sollten das die Volkeroder organisieren, im anderen Jahr die Hitzelroder. Doch 1995 lassen die Hessen die Wanderung platzen, warum, das kann heute keiner mehr so genau sagen. „Seitdem reden wir nicht mehr miteinander“, sagen sie in Hitzelrode. „Das hat sich eben schon wieder ein bisschen auseinandergelebt“, sagt in Volkerode Ernst Roth, als ginge es um eine nur zu Beginn glückliche Ehe. An der kleinen Geschichte der Örtchen Hitzelrode und Volkerode, zwischen denen auf einem Höhenzug einst die Grenze zweier deutscher Länder lag, ist abzulesen, dass 41 Jahre deutsche Teilung im Grenzgebiet nicht folgenlos geblieben sind – unter den Menschen nicht und auch nicht in der Landschaft. So ist auf dem Luftbild oben rechts zwischen Volkerode und Hitzelrode bis heute der Grenzverlauf an einem baumlosen Streifen mitten im Wald gut zu erkennen. Die DDR hatte an vielen Stellen die Vegetation roden lassen, um Kolonnenwege für Grenzsoldaten zu bauen und Flüchtende besser entdecken zu können. Wie scharf die Grenze zwischen Hessen und Thüringen an einigen Stellen nach wie vor ist, zeigt das Bild unten rechts. Bis direkt an die Grenze sind in Hessen dicht gedrängt kleine Felder angelegt, während die Zuschnitte in Thüringen immer noch viel größer sind – was an der Kollektivierung der Landwirtschaft in der ehemaligen DDR liegt. Und dass viele Straßen bis heute parallel zur ehemaligen Grenze verlaufen oder abrupt enden, zeigt das Luftbild oben links. Auch die drei Kilometer zwischen Volkerode und Hitzelrode können nur Fußgänger direkt zurücklegen. Autofahrer brauchen für den Weg über einen einstigen Grenzübergang 20 Minuten.

In der DDR mussten sich die Bauern zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen, die riesige Felder bewirtschafteten. Immer noch sind die Anbauflächen in Thüringen deshalb viel größer als die in Hessen.

Abbildungen: Image 2015 Aerowest, Image 2015 GeoBasis-DE/BKG / F.A.Z.-Karte Sieber

10 km

IM OSTEN WAS NEUES

Als Deutschland wieder ein Land wurde, zogen ein Banker und ein Jurist als Aufbauhelfer los

KLAUS-PETER MÜLLER Der Tresor stand schon, einzementiert mitten auf einer großen Betonfläche in Leipzig. Vom Rest der Filiale, die Klaus-Peter Müller an diesem Tag besichtigen wollte, war noch nichts zu sehen. Die Bauteile für den Pavillon, der als zweite Zweigstelle der Commerzbank in Leipzig unmittelbar nach der Wende dienen sollte, lagen samt Lastwagen irgendwo zwischen Eisenach und Erfurt im Straßengraben. Es sind abenteuerliche Geschichten, die der heutige Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank erzählt aus jener Zeit, als er rund um die Wende den Osten für die Bank erschließen sollte. Innerhalb weniger Monate musste er gemeinsam mit anfangs sieben Mitarbeitern erst Verbindungsbüros und dann Filialen in allen größeren Städten der DDR aufbauen und 1000 Mitarbeiter dafür finden. Anders als die Deutsche Bank und die Dresdner Bank, die sich die Staatsbank der DDR geteilt hatten, musste die Commerzbank bei null anfangen im abgewirtschafteten Ostdeutschland; dort hatten sich bis dahin die Bankgeschäfte in der Regel auf das Führen eines Kontos und den Kredit zur Eheschließung beschränkt. Schon die Eigentumsverhältnisse von potentiellen Filialstandorten zu klären war kompliziert. In vielen Städten stellte die Bank daher zunächst einmal Baucontainer als Geschäftsstellen auf. Vor allem die schlechte Infrastruktur erschwerte die Arbeit. Oft schlief Müller in jenen Tagen im Auto, weil das gebuchte Hotelzimmer an andere Gäste vergeben worden war. „Wenn wir in Halle telefonieren wollten, mussten wir auf das Dach des Interhotels gehen, mit einer tragbaren Hand-Antenne und einem Telefon, so groß wie ein Aktenkoffer“, erinnert sich Müller. „Statt nette Gespräche mit den Kollegen in Frankfurt zu führen, habe ich nur so schnell wie möglich die Bestellungen ins Telefon gebrüllt, solange der Empfang einigermaßen gut war.“ Die spektakulärste Tour führte ihn im Trabi zur gerade eröffneten Zweigstelle in Gotha. Gegen Vorlage seines Personalausweises und einer Visitenkarte zum Abgleich erhielt er eine Million Mark, die er dann im Auto zur Filiale brachte. „Ich habe mich in dem Trabi sicherer gefühlt als in jedem Mercedes, weil ja niemand darauf gekommen wäre, dass wir in so einem Auto eine Million Mark dabeihaben.“ TIM KANNING

Foto Matthias Lüdecke

HANS-JOACHIM JENTSCH „Meine Frau hat den Marschbefehl gegeben“, sagt Hans-Joachim Jentsch. Als der hessische Unionspolitiker im Oktober 1990 das Angebot bekam, unter dem Thüringer Ministerpräsidenten Josef Duchac (CDU) das Justizministerium zu übernehmen, zögerte er. Doch Gattin Doris meinte, da gebe es nichts zu überlegen. Schließlich war der Lebensweg der beiden von Anfang an eng mit der deutschen Geschichte verwoben: Er wurde 1945 mit acht Jahren samt Familie aus der Heimat östlich der Neiße vertrieben; sie verließ die DDR Anfang der sechziger Jahre, weil sie nicht studieren durfte. An der Universität Marburg lernten sie sich kennen. Als Hans-Joachim Jentsch 1990, im Jahr der silbernen Hochzeit, die Chance bekam, in der Heimat seiner Frau beim Aufbau des Rechtsstaats zu helfen, ließ er das Landtagsmandat und die Anwaltskanzlei in Wiesbaden zurück. Vorher wollte allerdings auch die Tochter überzeugt werden: Jentsch nahm sie mit zu seinem ersten Gespräch mit Josef Duchac. In der DDR hatte es keine Länder gegeben, so dass die Regierungen neu aufgebaut werden mussten. Jentsch begab sich mit einem Staatssekretär, zwei aus Rheinland-Pfalz abgeordneten Richtern, zwei Juristen aus der DDR, einer Sekretärin und einem Fahrer ans Werk. Zunächst musste Personal für die Rechtsprechung eingestellt werden. Damit verbunden war die Überprüfung der früheren DDR-Richter. Etwa die Hälfte von ihnen blieb im Amt. Die Führungsrolle in den Kammern übernahmen allerdings Juristen aus dem Westen. Die Bevölkerung habe von der neuen Staatsordnung und der Justiz am Anfang zu viel erwartet, erinnert sich Jentsch. Später sei den Menschen aufgefallen, dass Bautzen und andere Zuchthäuser zwar der Vergangenheit angehörten. Aber es habe auch den „starken Staat“ nicht mehr gegeben, den viele DDR-Bürger verinnerlicht hätten. Als größten Erfolg betrachtet der Siebenundsiebzigjährige die Verabschiedung der Thüringer Verfassung auf der Wartburg im Jahr 1993. Damals hieß der Ministerpräsident schon Bernhard Vogel (CDU). Der war nicht amüsiert, aus der Zeitung zu erfahren, dass Jentsch seine Pionierarbeit am Ende der ersten Amtsperiode einstellen würde. Trotzdem setzte er ihn im Jahr darauf als Richter des Bundesverfassungsgerichts durch. EWALD HETRODT

Foto Michael Kretzer

Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung
25 JAHRE
Mecklenburg
Vorpommern
MV tut gut.
Besuchen Sie uns auf
der Ländermeile zum Tag
der Deutschen Einheit
in Frankfurt am Main.
WASSER trifft KRAFT.
HIER IM LAND ZUM LEBEN.
Willkommen in Mecklenburg-Vorpommern, Land zum Leben. Wo die Mecklenburger Metallguss GmbH in Waren an der Müritz die größten Schiffsschrauben der Welt gießt und schleift. Umringt von den Seen der Mecklenburgischen Seenplatte. Hier bietet die Natur Inspiration für große Geschichten.
Erfahren Sie mehr über effiziente Ingenieurskunst und die entspannende Kraft des Wassers:
www.mv-tut-gut.de
Entdecken Sie uns auf facebook.com/mvtutgut
Bild: WERK3.de

ANSICHTSSACHE

„Danke für die schöne Strumpfhose“: DDR-Postkarten ins Rhein-Main-Gebiet

Zu welchem schönen Anlass Brigitte ihre Strumpfhose getragen hat, wissen wir nicht, nur, dass sie ihr „schon gute Dienste geleistet hat“. Im August 1975 schrieb Brigitte aus Leipzig diese Zeilen an Ulla in Mainz, mit einem herzlichen Dank für das Stück Nylon aus der Bundesrepublik. Brigitte und Ulla schrieben sich öfter über die Grenze zwischen ihren Staaten hinweg. So bedankt sich Brigitte auf der Karte mit der Thomaskirche nicht nur für die Strumpfhose, sondern auch für die Urlaubskarte von Ulla und berichtet, dass der eigene Urlaub „ins Wasser gefallen“ ist. Viele der rund 80 000 DDR-Postkarten, die der Berliner Jürgen Hartwig gesammelt hat, erzählen banale Geschichten – aber eben auch deutsche Geschichte. So ist es kein Zufall, dass gleich zwei der Karten, die Hartwig für diese Seite zur Verfügung gestellt hat, ein Motiv aus Leipzig tragen: Auf die Messestadt, die sich zu den Schauen im Frühjahr und im Herbst weltmännisch geben konnte, war die DDR-Regierung stolz. Auch die Grüße aus dem Kurbad Bad Lausick passten ins gewünschte Bild: Die Gewerkschaft sorgte dafür, dass die Werktätigen regelmäßig zu Kuren fahren konnten. Regelrecht rührend ist die Karte oben rechts: Der Absender freut sich darauf, in der BRD („bald unser Land“) herumreisen zu dürfen. Dafür fordert er in Wiesbaden einen aktuellen Bußgeldkatalog an. Das haben laut Hartwigs Archiv nach dem Mauerfall sehr viele DDR-Bürger getan. (pede.)

Abbildungen Sammlung Hartwig

Sie erzählen Banales, aber auch deutsche Geschichte: Einige der rund 80 000 Postkarten aus dem Fundus eines Berliner Sammlers

HESSEN

International erfolgreich

Hessen Trade & Invest: Wirtschaftsförderer für Hessen

Wir unterstützen Sie auf Ihrem Weg ins Ausland!

- Wirtschaftsdelegationsreisen
- Gemeinschaftsstände auf internationale Messen
- Kooperationsvermittlungen

Nehmen Sie Kontakt mit uns auf.
Wir beraten Sie gerne!

HESSEN TRADE & INVEST

Hessen Trade & Invest GmbH
Konradinerallee 9
D 65189 Wiesbaden

+49(0)611 95017-8203
info@htai.de
www.htai.de

Und alles ist Jubel: *Am 3. Oktober 1990 feiern die Berliner auf den Straßen und Plätzen die Wiedervereinigung.* Foto Barbara Klemm

GESCHICHTSBILDER

Barbara Klemm ist die Foto-Chronistin der deutschen Einheit. 29 ihrer Aufnahmen sind jetzt als Riesenformate im Frankfurter öffentlichen Raum zu sehen. *Von Michael Hierholzer*

Nun stand sie auf der Mauer, war eine Leiter hochgeklettert, die irgendjemand mitgebracht hatte, auf der Berliner Mauer, dem „antifaschistischen Schutzwall“, wie sie die Propaganda in der DDR nannte. Das schändliche Bauwerk erschien plötzlich ganz harmlos, ein großes Spielgerät, dazu da, es zu überwinden, es sich darauf bequem zu machen, die Aussicht zu genießen. Dicht gedrängt saßen Ost- und West-Berliner nebeneinander, die Stimmung war heiter, friedlich. Ein klammer Novembertag, niemanden anscheinend störte das Wetter.

Junge Frauen schäkerten mit Grenzbeamten, Männern, mit denen sonst nicht gut Kirschen essen war, allzeit zu Schikanen in der Lage, berüchtigt für ihre Kontrollwillkür, jetzt lächelten manche zurück, als falle eine Last von ihnen ab. Über Nacht hatte sich alles geändert. Ein Mädchen, auf der Mauer sitzend, wendet sich neckisch einem Uniformierten zu, was den ganz offensichtlich freut: eine Flirtszene, wo noch immer die innerdeutsche Grenze verlief. Die Fotografin hat sie festgehalten. Und damit auch den Moment, in dem sich die Welt lockerte, sich die Anspannung löste, sich das Unglaubliche anschickte, Wirklichkeit zu werden.

Ein Vierteljahrhundert später. Barbara Klemm ist über einen Stapel Kopien gebeugt. Eine türkische Familie, die von einem Podest in Kreuzberg aus über die Mauer in den Osten der Stadt schaut. Ein kleines Mädchen, das verloren in einer Leipziger Turnhalle an den Ringen hängt. Die Öffnung des Brandenburger Tors am 22. Dezember 1989. Jubelnde Menschen am 3. Oktober 1990, als Deutschland wiedervereinigt wurde und russische Schirmmützen und Ostblock-Fahnen auf einmal nur noch Dekorations- und Modeobjekte waren. Das Mädchen vom Flirt-auf-der-Mauer-Foto ist viele Jahre später von ihren Eltern wiedererkannt worden, als sie eine Ausstellung mit Klemm-Bildern in der Hauptstadt besuchten.

Und dann das Gorbatschow-Foto, aufgenommen am 7. Oktober 1989, am 40. Jahrestag der DDR-Gründung. „Ich hatte keine Akkreditierung“, erzählt Barbara Klemm, „ich bin durch die Straßen gelaufen, viele junge Leute haben ‚Gorbi, Gorbi‘ gerufen.“ An Schinkels Alter Wache hatte der freundliche Hoffnungsträger einen Kranz niedergelegt, mit einem Mal stand die Fotografin vor ihm, etliche Kollegen drängten sich an ihn heran, sie aber machte das Bild, das wie kein anderes zum Symbol einer neuen sowjetischen Offenheit wurde.

29 Motive aus der DDR und der alten Bundesrepublik, aus der bleiernen Zeit der Teilung und aus der großen Umbruchsphase sind jetzt im öffentlichen Raum in Frankfurt am Main zu sehen, wo die Feierlichkeiten aus Anlass der deutschen Wiedervereinigung vor 25 Jahren ihr Zentrum haben, 29 Bilder im Riesenformat, großflächige Plakate, an Fassaden und Stellwände montiert. Die Stadt Frankfurt hatte Anfragen an etwa 50 Institutionen gerichtet, Behörden, Museen, Unternehmen, die Beteiligten suchten die Aufnahmen aus. Sie zeugen in der Innenstadt, aber auch am Anlagenring, in Bonames, an der Galluswarte, am Frankfurter Berg, in Sachsenhausen und am Flughafen vom bewegendsten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte: „Bilder zur Einheit“.

Mit ihrem Gespür für den richtigen Augenblick, die charakteristische Situation, den aussagekräftigen Moment hat die Fotokünstlerin in der Wendezeit Bilder geschaffen, die bleiben. Wie das von Willy Brandt in der Menge, ebenfalls aufgenommen an jenem 10. November, als Barbara Klemm von zehn Uhr morgens bis nachts um elf in Berlin herumlief, sich ab und an in ein Telefonhäuschen begab, um nachzufragen, ob und wo es etwas Neues gebe.

Sie war auch schon in den Jahren zuvor immer wieder für die Frankfurter Allgemeine Zeitung in Berlin und in der DDR unterwegs gewesen, fotografierte Großereignisse wie die Ostseewoche und die Weltjugendspiele. Sie sei, sagt Barbara Klemm, sehr froh darüber, damals im Osten Deutschlands Bilder gemacht zu haben, denn die Erinnerung verblasse schnell. Sie hat den raschen Schulterschluss beider deutscher Staaten dokumentiert, die kurz nach dem Mauerfall vollzogene Einheit und die städtebaulichen, landschaftlichen Narben, die überall klafften.

Barbara Klemm war dabei, als am 4. November eine halbe Million Menschen in Ost-Berlin demonstrierten und sich Künstler für einen Wandel der politischen Verhältnisse aussprachen. „Niemand hat damals gewusst, ob es gut ausgeht“, sagt sie. Aber die Ereignisse überschlugen sich.

Am 3. Oktober besiegelten Bundeskanzler Helmut Kohl und andere Politiker vor dem Reichstag die Einheit, unter ihnen ein gerührter Willy Brandt, ein zufriedener Hans-Dietrich Genscher, ein Lothar de Maizière, der sich keine Illusionen darüber zu machen scheint, dass sein Auftritt in der Politik eine Episode bleiben wird. Und ein Oskar Lafontaine, der sich trotz seiner Kritik an der Wiedervereinigung freudestrahlend in Szene setzt. Barbara Klemm hat mit diesem Foto den Gemütszustand einer neuen Bundesrepublik getroffen.